

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

3/06

**August 2006 • 59. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €**

**Holger Kasfeld
„Auf dem Weg der
Gerechtigkeit ist Leben.“
Zum 1. Mai**

**Arno Klönne
Eine andere Republik?
Widerspruch zum 1. Mai**

**Franz Segbers
Rechtsstaat und Fürsorge – Der biblische Begriff Gerechtigkeit**

**Sabine Ferenschild
Das Ganze verändern. Ein Beitrag zum processus confessionis**

**Gerd Büntzly
Tauschring – Idee und Wirklichkeit**

**Clemens Ronnefeldt
Der Nahe Osten im Sommer 2006**

**International League of Religious Socialists, Oslo 2006
Bericht und Resolution (Reinhard Gaede)**

**Rezension, Ulrich Peter
Aurel von Jüchen, ein Pfarrerleben (Reinhard Gaede)**

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gösling, Berthold Scharf,
Robert Wollborn

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Maik Eisfeld, Hohenbergen
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Schwaig

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekreatariat@brsd.de, MBSchorr
@t-online.de

Preise:

Einzelpreis €6,-, Abo Inland €20,-
pro Jahr, Abo Ausland €23,-, Förder-
abo €25,- oder mehr. Kündigungen
werden zum Jahresende wirksam.
Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den
BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350 601 90,
Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Layout & Gestaltung:

acceptDESIGN, Hamburg
www.acceptDESIGN.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

INHALT

Holger Kasfeld „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben.“ Predigt zum 1. Mai	7
Arno Klönne Eine andere Republik? Widerspruch zum 1. Mai	12
Franz Segbers Rechtsstaat und Fürsorge – Der biblische Begriff Gerechtigkeit	15
Sabine Ferenschild Das Ganze verändern. Ein Beitrag zum processus confessionis	28
Gerd Büntzly Tauschringe – Idee und Wirklichkeit	35
Clemens Ronnefeldt Der Nahe Osten im Sommer 2006	41
Reinhard Gaede Internationaler Bund der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen. Konferenz zum Thema „Soziale Globalisierung“	47
ILRS, Resolution Soziale Globalisierung. Zehn Wege, die Welt zu verbessern	52
<hr/>	
Rezension Ulrich Peter: Aurel von Jüchen (1902–1991). Ein Pfarrerleben im Jahrhundert der Diktaturen	55
Bundesnachrichten 100 Jahre Religiös-Sozialistische Vereinigung Schweiz – 100 Jahre „Neue Wege“	61
Maik Eisfeld Erstes Regionaltreffen Thüringen/Franken	63
Zum Abschied Johannes Rau †	64
Glückwünsche zum 80. Geburtstag: Prof. Jürgen Moltmann	65

AUS DER REDAKTION

Die Titelseite unserer Zeitschrift hält Überraschungen bereit:

IDer große Titel „Neue Wege“ fehlt. Nach einem Jahr Kooperation haben die Freunde und Freundinnen der Neuen Wege auf Antrag der Redaktionskommission beschlossen, die Kooperation mit CuS zu beenden. In ihrer Ausgabe NW 7/8-2006 nennen sie drei Gründe.

1. Theologische und sozialetische Vertiefung des Engagements für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, feministische Theologie und linksalternative Theorie und Praxis hätten sie erwartet, aber die Ansprüche seien „nicht hinreichend eingelöst“ worden. Dazu können wir nur sagen: Wir teilen mit ihnen diese Ziele, haben uns auch nach Kräften um sie bemüht; im übrigen überlassen wir das Urteil über die Beiträge CuS 1-4/2005, 1-2/2006 den Leserinnen und Lesern.
2. Sie hätten mehr Originalbeiträge aus den Reihen der deutschen ReSos gewünscht. Stattdessen seien „schon anderswo erschiene Texte“ gedruckt worden. Dankenswerterweise informieren die Neuen Wege auch über unsere Sicht. In einigen wenigen Fällen haben wir zur Weiterverbreitung wenig gehörter Stimmen einen Text aus lokalen Beiträgen veröffentlicht. Natürlich freuen auch wir uns darüber, wenn die Bundesmitglieder und die Leserinnen und Leser sich mit Beiträgen melden. Außerdem haben wir glücklicherweise aber einen Kreis von Autorinnen und Autoren, die uns aus Sympathie Beiträge schicken. Wir verstehen uns als Forum für Religion und Sozialismus.
3. Die Schweizer Freundinnen und Freunde nennen dann das Problem der Finanzen. Da haben sie völlig recht: Nur wenige Abonnements sind leider im letzten Jahr hinzugekommen. Und leider haben auch Institutionen wie Bibliotheken oder sogar Parteiorganisationen CuS abbestellt, wieder einmal falsche Sparsamkeit. Wenn ein großes Abonnement Neue Wege auch CuS umfasste, wollten sie die Ausgabe für CuS sparen. Wahr ist: CuS muss die Auflage von 500 auf 350 Exemplare senken – aus finanziellen Gründen. In guten Zeiten lag die Auflage bei 1100 oder sogar 2000 Exemplaren. Damit wir CuS kostendeckend verbreiten können, müssten 100 Abonnements hinzukommen. Hier hoffen wir auf Ihre/Eure Hilfe bei der Werbung ... Trotz der Kündigung – das ist das Erfreuliche – besteht die Freundschaft zu den ReSos in der Schweiz weiter. Wir danken ihnen herzlich für das Jahr der Kooperation und möchten die uns angebotene informelle Zusammenarbeit gerne weiterführen.

II Die zweite Überraschung: Ein zweiter Titel ist im Impressum zu finden: „Kreuz und Rose“. Eine ganze Reihe von uns hatte sich so an den Titel „Neue Wege“ gewöhnt, dass das Blatt an einer Stelle leer schien. Kreuz und Rose war seit unserm Aufbruch 1976 das Symbol, getragen auf Buttons, Aufklebern, Holzansteckern. Nach einer Diskussion im Vorstand und Redaktions-Beirat schien uns das Symbol geeignet. So wird es nicht nur gelegentlich im Bild gezeigt, sondern auch im Wort angesagt als Einladung zur Meditation, auch für Fernerstehende. Das Kreuz – eigentlich ein „Skandalon“, „Ärgernis“ (Luther) – ist doch Zeichen der „Kraft und Weisheit“ Gottes (1. Kor. 1,23.24), Zeichen der Versöhnung Gottes mit den feindseligen Menschen durch die opferbereite Liebe Jesu Christi ; es enthält die „Botschaft von der Versöhnung“ für die in Klassen, feindselige Nationen und Religionsgruppen oft tief gespaltene Welt. Das Kreuz versammelt Christinnen und Christen. Die rote Rose ist Symbol für den Sozialismus, der das alte christliche Symbol der Paradieses-Rose aufnahm. 1911 wurde in Schweden die rote Rose zum offiziellen Symbol des Maifeiertags erkoren. 1912 entstand das Lied „Bread and Roses“ während des großen Streiks der Arbeiterinnen in den Textilfabriken von Lawrence, Massachusetts/USA. Die Sozialistische Internationale, die Sozialdemokratische Partei Europas und die Jusos zeigen die Rose. Die Religiösen Sozialisten in Norwegen baten darum, unser Symbol Kreuz und Rose, etwas verändert, auch übernehmen zu dürfen. Mit der roten Rose zeigen wir Solidarität mit der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus. In christlicher Perspektive wird das Kreuz zum Lebensbaum, der Blüten und Früchte trägt, wie in der Tradition der Basisgemeinden Lateinamerikas.



Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach.

Foto:

III Wer plant die Gestaltung von CuS? Beim letzten Treffen in Herford hat Ingelore Gaede photographiert. Im Bild stellen wir jetzt die Mitglieder des Redaktions-Beirats vor. Auf dem Bild fehlen Maik Eisfeld, der an einem Regionaltreffen der ReSos teilnahm, und Heiko Bluhm, der bei seiner Frau und neugeborenen Tochter geblieben ist. Was fällt auf? Wir hätten auch gerne noch Frauen unter uns außer Ingelore Gaede, die immer für uns gekocht hat.

Helmut Pfaff: Ich bin geboren 1956 im Westerwald, aufgewachsen, wohnend und arbeitend in Frankfurt am Main. Hier habe ich eine Berufsausbildung zum Bankkaufmann gemacht und auf dem Abendgymnasium in Neu-Isenburg das Abitur. Anschließend folgte ein Lehrerstudium in Geographie und Ev. Theologie mit Abschluss des 1. Staatsexamens. Weiterbildung in Wirtschaft und EDV. Heute arbeite ich bei einer der größten Informatikfirmen der Bankenbranche Europas. In meiner Freizeit bin ich vielfältig interessiert in Wis-

senschaft und Kultur, daher auch Mitglied in vielen sozialkulturellen Vereinen. Mein eigener Forschungsschwerpunkt sind die sozial-ethischen und sozialpolitischen Dimensionen außergewöhnlicher Erfahrungen der Menschen aus einem neomarxistischen Blickwinkel. Helmut ist langjähriges Mitglied der Redaktion CuS. (R.G.)

Friedrich Wilhelm Bargheer: 1938 in Bielefeld geboren – aufgewachsen in Herford – Studium der Germanistik und evangelischen Theologie (seit 1959); später auch: Pädagogik, Soziologie – Vikariatszeiten in Wetter/Ruhr, Lissabon/Portugal und Dortmund – 1965 bis 1970 (nebenamtlich bis 1975) wiss. Mitarbeiter am Comenius-Institut/Münster – seit 1968 verheiratet mit Barbara Siecke, Ordination, 1970 bis 1974 Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Ev. Religionspädagogik der Universität Münster – Promotion bei Helmuth Kittel (Dissertation „Gebet und Beten lernen“) 1972 – Mitarbeit beim Fernstudium für ev. Religionslehrer, in bildungspolitischen Ausschüssen der EKD und bei Projekten des Comenius-Institut (Kindergottesdienst, Kindergarten) – 1974 bis 2004 FH-Lehrer und Prof. für Prakt. Theologie mit Schwerpunkt kirchliche Bildungsarbeit an der Ev. FH Rheinland-Westfalen-Lippe in Düsseldorf und Bochum – in Düsseldorf langjähriges Wirken in der Gemeindefarbeit und Friedensbewegung in Bochum bei Projekten des Kirchentags – Zwei Söhne: Claudio (*1970) und Matias (*1972) – Veröffentlichungen in letzter Zeit: Was Menschen-Leben hält und trägt – Kirchliche Gemeindepraxis im Licht von Robert Kegans Konzept der Haltenden Kultur 1997; Die Lippische Landeskirche und die Juden 2006; Befreiung – Orientierung – Gemeinschaft – Elementare Theologie für Helfende Berufe (in Vorb. 2006).

Reinhard Gaede: Geboren 1942 in Siegen, nach dem Abitur 1963 Studium generale am Leibniz-Kolleg Tübingen, Studium der Ev. Theologie in Tübingen, Heidelberg und Münster, 1968–1969 Wiss. Mitarbeiter am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften bei Prof. Wendland, 1969 – 1970 Tutor im Hamannstift und Vikar in der Ev. Studentengemeinde Münster bei P. Dr. Hufendiek, 1971–1972 Vikar in Siegen, Promotion 1972 in Münster (Dissertation „Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit“, als Buch, Hamburg 1975), 1972–1976 Wiss. Ass. mit Lehrauftrag bei Prof. Wolfgang Schweitzer und Studentenpfarrer an der Kirchlichen Hochschule Bethel, Ordination 1973, Studium der Soziologie, 1976–2005 Gemeindepfarrer in Herford – Laar, Ruhestand; seit 1971 verheiratet mit Ingelore Schöttler, Kinder: Irina, * 1972, Britta,*1973, + 1995, Asja, * 1976, Ilja * 1980, wartend auf das erste Enkelkind im August 2006; seit 1975 Mitglied im BRSD, 1976 -1996

Mitglied der Redaktion CuS, zuletzt Schriftleiter, wieder seit 2005, Veröffentlichungen zur kirchlichen Zeitgeschichte und Sozialethik.

Michael Bschorr: Geboren 1964 in Bonn, Besuch der Realschule, Ausbildung zum Industriekaufmann, Studium der Theologie in Hermannsburg, Auslandssemester in Papua-Neuguinea, Ausbildung zum Versicherungsfachmann, seit 1991 verheiratet mit Christine, Freiin de Lasalle von Louisenenthal, Kinder: Mark, *1991, Anne, *1993, 1995 Mitglied im BRSD, Bundessekretär seit 2001

Elmar Klink: Jg. 1953, Verwaltungsangestellter; Studium Sozialarbeit und Sozialwissenschaften; beruflich in kirchlicher Friedensarbeit tätig; seit vielen Jahren politisch aktiv in der Antikriegs- und Friedensbewegung.

Friedrich Hufendiek: geboren 24. 6. 1928 in Bethel, Abitur dort 1950, Studium der Theologie in Bethel, Bonn, New York, 1968 Magister der Theologie, Mentor Prof. Reinhold Niebuhr, Promotion in Bethel bei Prof. Wolfgang Schweitzer, Dissertation „Norm, Kontext und Situation als Problem der amerikanischen Ethik“, Vikariat in Dortmund, Pfarrer im Hilfsdienst in Gelsenkirchen, 1959–1967 Pfarrer in der Ev. Matthäus-Gemeinde Bielefeld, 1967–1968 Dozent in Kanada, 1968–1969 Wiss. Ass. mit Lehrauftrag in Bethel bei Prof. Wolfgang Schweitzer, 1969–1975 Studentenfarrer in Münster, 1975–1993 wieder Pfarrer in der Matthäus-Gemeinde, Bielefeld, Ruhestand, 1989–2003 Dozent an der Diakonischen Schule in Bethel, seit 1980 verheiratet mit Sabine, geb. Teichgräber mit Sohn Christian, *1976, Kinder: Rebekka, *1981, Jakob *1984. Veröffentlichungen zur Theologie der Revolution und zu sozialetischen Themen.

Wieland Zademach: Geboren 1943 in Cham/Oberpfalz, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, 1971 Promotion, Gemeindepfarrer in Oberfranken, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bayern sowie Beauftragter für Ökumene im Kirchenkreis Nürnberg, Mitarbeit in ökumenischen Gremien und Organisationen der Ost-West-Begegnung, Veröffentlichungen: Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen, 1973; Glasnost und Perestroika, Hoffnung für diese Welt, 1990, 3. Aufl.; Reich Gottes für diese Welt, 2001; Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne, Visionäre und mahnende Stimmen aus Judentum und Christentum 2005.

Reinhard Gaede

„Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ – Predigt zum 1. Mai

Von Holger Kasfeld

Liebe Schwestern und Brüder !

Wir hören und bedenken einen biblischen Text nicht zeitlos, sondern heute und hier, hier in Herford, hier in der Münsterkirche am 1. Mai, am Weltfeiertag der Arbeit. Versuchen wir, in das Gespräch zwischen Text und Zeit und Ort hineinzukommen.

„Deine Würde ist unser Maß“, so lautet die Botschaft des DGB zum 1. Mai 2006. „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“, so heißt es in den Sprüchen Salomos, Kapitel 12, 28. Und ein dritter Text aus dem Dritten Buch Jesaja (Tritojesaja), 58. Kapitel, ist im Gespräch. „Ruft lauthals“, so beginnt Tritojesaja (Kap. 56-66). „Ruft lauthals, halt nicht zurück, wie das Schofar-Horn erhebe deine Stimme.“ „Erhebe deine Stimme wie eine Posaune“, heißt es in der Übersetzung der Lutherbibel, das dürfte musikgeschichtlich nicht ganz korrekt sein. Das Schofar ist ein Horn und erzeugt beim Blasen einen Ton, der allenfalls von Ferne einer Posaune ähnelt.

Wichtiger als die Frage, welches Instrument das Schofar-Horn sei, dürfte für unseren

Text die Frage sein, wann, warum und wie man es bläst. Ein Choral wird da nicht angestimmt. Das Schofar tönt als Signalhorn. Es ist das Signal des Wächters, der warnt und aufweckt, der unüberhörbar sein soll. Wohlklang ist da weniger gefragt als Lautstärke.

Was zu sagen ist:

Mach uns hellwach, stör uns auf! Der Prophet ist aufgerufen, laut seine Stimme zu erheben, so aufstörend wie das Horn. Die Legende von der Eroberung Jerichos erzählt, wozu dieses Instrument in der Lage ist. Einem alten Witz zufolge waren sie in D-Moll gestimmt, um die Mauern zu demolieren. Es waren aber sehr unterschiedliche Anlässe, zu denen nach den biblischen Berichten das Horn ertönte. Es hat verschiedene Funktionen im Kampf, gehört aber auch zu Festen und Feiern. Die elementare Bedeutung ist Aufmerksamkeit zu erregen, Menschen zu sammeln. So also, so laut, so unüberhörbar, so aufstörend soll der Prophet rufen.

In der Theologie gibt es die Rede vom prophetischen Amt der Kirche, von ihrem Wächteramt. Das Wächteramt der Kirche wird von der Gesellschaft und Politik manchmal in Anspruch genommen, wenn es um



© Reinhard Crede

die Wahrung von Sitte, Moral oder Werten geht. Die Kirche als Wächterin oder Hüterin, dann eher mit erhobenem Zeigefinger als mit erhobener Stimme. Eindringlich soll sie reden, aber doch keinen Lärm machen. Denkschriften erwartet man von der Kirche, aber doch keine Flugblätter. Posauern sollen Choräle begleiten, aber doch keine Demonstrationzüge. Wenn wir heute, am 1. Mai, darüber nachdenken, was Tritojesaja zu dem Thema „Gerechtigkeit“ und „Würde“ zu sagen hat, sollten wir seine ersten Worte nicht vergessen.

Was soll der Prophet so unüberhörbar rufen und wem gegenüber soll er es so laut rufen? Vom Fasten ist da die Rede. Während bei den Protestanten die Fastenzeit lange als etwas typisch Katholisches galt, haben in den letzten Jahren zunehmend auch evangelische Christinnen und Christen die Fastenzeit neu oder wieder entdeckt. Vor allem unter der Überschrift „Sieben Woche ohne“ üben Menschen, manchmal auch Familien und Gruppen, Verzicht. Das kann sich beziehen auf Konsumformen oder auf Angewohnheiten, von denen man sich wenigstens für eine bestimmte Zeit befreien möchte. Und auch außerhalb der vorösterlichen Fastenzeit haben viele das zeitweilige Fasten als eine Möglichkeit erkannt, durch Verzicht die Le-

bensqualität zu verbessern, wobei solches Fasten nur noch in seltenen Fällen als eine im engeren Sinne religiöse Übung verstanden wird.

In einem weiteren Sinne hat das, scheint mir, doch mit Religion zu tun. Es ist kaum ein Zufall, dass in unserer Alltagssprache das Wort „Sünde“ vor allem in zwei Zusammenhängen vorkommt, nämlich in der Rede von den Verkehrssündern und bei den Kalorien. „Heute sündige ich „mal“, heißt es beim Verzehr des dritten Tortenstücks. Ein Grund für diese Rede von der Sünde ist, so vermute ich, dass man in diesen Fällen die Folgen der Sünde am Bußgeldbescheid oder auf der Waage direkt und bald erkennen kann. Wenn ich dagegen Ansprüche eines anderen Menschen verfehle, kann ich das ja oft nicht so direkt erkennen, und manchmal erfahre ich nie, dass und wodurch ich jemanden verletzt habe. Bei den Kalorien sünden kommt noch etwas Anderes hinzu: Wir leben in einer Zeit, in welcher der wörtlich zu nehmende Körperkult zu einer Religion werden kann, in einer Atmosphäre, in der Verstöße gegen die Normen: „Wie muss ich aussehen? – Wie viel darf ich wiegen? – Was zieht man an? Wie fit sollte ich sein?“ tatsächlich als Vergehen geahndet und mit Chancenverlust vielfacher Art bestraft werden.

Aber wird in unserem Text das Fasten umgekehrt als Sünde, als Vergehen und Verfehlung gewertet? Nicht das Fasten, wohl aber solches Fasten, das gleichsam bei sich bleibt, bei dem die Fastenden nur noch sich im Blick haben. Martin Luther hat Sünde erklärt als Zustand des Menschen, der eingekrümmt in sich selbst ist, allein auf sich bezogen. Solche Sünde kann gerade in der größten Frömmigkeit bestehen. Wenn ich meinen eigenen Leib fasten lasse, mag das ja von Zeit zu Zeit für meine Gesundheit nützlich sein. Vor Gott bedeutet das nichts, wenn ich dabei nur mich und meine Leistung sehe.

Kritisiert wird ein Fasten, das andere Menschen nicht auf der Rechnung hat. Manche Menschen verzichten in der Fastenzeit auf Kaffee. Den Arbeiterinnen und Arbeitern auf den Kaffeeplantagen hilft das nicht, ihnen würde es mehr helfen, wenn wir zum Beispiel fair gehandelten Kaffee tranken, wenigstens sieben Wochen lang. Sieben Wochen ohne Fernsehen, dazu gehört aber ein ergänzendes „Sieben Wochen mit bewusster Kommunikation“ mit Menschen, die wir sonst oft vergessen.

Um soziale Praxis als Praxis der Gerechtigkeit geht es: Fesseln des Unrechts und der Gewalt zerreißen, Hungrige sättigen, Armen ein Obdach geben, Nackte bekleiden und den Mitmenschen sich nicht verschließen.

Es sind Taten, die nach Jesu Worten (Matth. 25, 31- 46) zum entscheidenden Kriterium werden, an denen Menschen und Völker gemessen werden. Es sind die elementaren Forderungen der Gerechtigkeit als parteilicher Einsatz für die Schwachen und Armen, die Hungern, die Gefangenen, die Misshandelten.

Dennoch sollten wir noch genauer fragen, was das für Menschen sind, von denen bei Tritojesaja die Rede ist, und in welcher Lage der Prophet zu seinem lauten Rufen aufgefordert ist. Es sind bettelarme Menschen, die buchstäblich kein Dach über dem Kopf haben, Hunger leiden, durch Überschuldung alles verloren haben. In der nachexilischen Zeit gab es in Israel trotz allgemein dürftiger Lage bald neue Reiche und alte und neue Arme. Nach 40 Jahren des Exils waren Landbesitzfragen oft ungeklärt. Wem gehören die Häuser? Ganz gewiss dürfen wir uns die von Tritojesaja kritisierten nicht als kapitalistische Ausbeuter vorstellen, auch ihnen ging es nicht sonderlich gut. Auch sie wollen ja Gottes Nähe, wollen seine Wege kennen, wollen seine Ansprüche an Gerechtigkeit und Recht erfahren, wie es am Anfang unseres Textes ausdrücklich heißt. Schließlich gedenken sie an den Fastentagen der geschehenen Katastrophen, auch als Folgen

eigener Schuld. Der früheren Generationen, aus deren Zusammenhang sie sich gerade nicht herausstellen.

Und dennoch ist die Kritik hart und laut. Die, die Gottes Nähe wünschen, verfehlen sie durch ihre eigene Entfernung von den armen und ausgebeuteten chancenlosen Mitmenschen. (Wie sieht es auf dem Ausbildungsmarkt zur Zeit aus?) Wenn Gottesliebe und Nächstenliebe in einen Gegensatz geraten, dann stimmt auch an der Gottesliebe etwas nicht. Das ist der Kern der biblischen Rede von der Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit steht nicht hoch im Kurs zur Zeit. Trotz der Grundsatzprogramme der Parteien, die die Begriffe Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität zu kombinieren suchen.

Gewiss, es ist schwer, Gerechtigkeit zu definieren. Aber bei den Fragen der Arbeitslosigkeit, der Ausbildungssituation, der Kürzungen sozialer Leistungen bei gleichzeitig rasantem Steigen der Börsenkurse wird ja kein Streit über unterschiedliche Auffassung von Gerechtigkeit geführt. Nicht was gerecht sei, sondern was sich rechnet, ist gefragt. Nun könnte der Eindruck entstehen, liebe Schwestern und Brüder, als vergleiche ich um aktueller Pointen willen, was unvergleichbar ist. Sind denn, die Gegenfrage höre ich schon, die Bettelarmen, in Schuldklaverei Gefallenen,

Hungernden und Nackten, von denen in Jesaja 58 die Rede ist, mit Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Hartz IV-Bezieherinnen, Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in Deutschland vergleichbar? Mein Eindruck ist: „Was sich nicht rechnet, hat kein Recht.“ Das wird zum Glaubensbekenntnis des Marktes. Und immer mehr Bereiche des sozialen Lebens – ich nenne nur die Gesundheitspolitik, die Kulturpolitik, die Universitäten, aber auch den Sport – werden immer stärker unter ökonomische Interessen gezwungen.

Es bleibt die Frage, ob nicht trotz allem die Schwächeren in unserer Gesellschaft einen sowohl im historischen wie auch im gegenwärtig internationalen Vergleich relativ gesicherten Status haben, so dass ein Vergleich mit den Armen des nachexilischen Israel irreführend ist. Für diese Frage empfiehlt sich eine grundsätzliche Bemerkung zu den Armen in der Bibel. Die Worte für die Armen, Elenden, Schwachen sind sowohl in den Rechtstexten der hebräischen Bibel als auch bei den Propheten Relationsbegriffe. Arm ist man nicht an sich, sondern im Verhältnis zu anderen. Elend ist man in der Relation zu den Starken, die Schwäche ausnutzen können. Es geht also um Beziehung.

Was für ein Modell gibt es aber, wie der Glaube soziale Gestalt gewinnen kann? Ein

Modell ist der Sabbat, die Ruhe. Jetzt werden viele vielleicht sagen: „Was ist denn an der Ruhe so aufregend so revolutionär, dass es zum Modell werden kann?“ Nun – in der Geschichte des Ersten Mai sollte 1890 auf dem Parteitag der SPD der „Feiertag der Arbeiter“ durch Aufrufe zur „Arbeitsruhe“ – ein Kampftag von Partei und Gewerkschaften sein. Der Sabbat, der Praxis geworden ist.

Wir alle kennen die Sätze: „Man müsste sich mehr Zeit für andere nehmen. Man müsste sich eigentlich mehr um die Schwächeren kümmern.“ Doch der gewohnte Alltag ist meist stärker als die guten Vorsätze. Deshalb ist es wichtig, dass die Praxis Formen hat, die man einüben, sich zur Gewohnheit machen kann. Das gilt aber auch – und damit bin ich wieder bei Tritojesaja – wenn es um das laute Rufen geht, um den Protest gegen das Auseinanderfallen von Religion und Alltag, Glauben und sozialer Praxis, Frömmigkeit und Gerechtigkeit. Auch das laute Rufen wird dann besonders hörbar, wenn es Formen hat, wenn es zum Ritual wird.

Nach der Bibel ist ein Prophet in erster Linie nicht jemand, der etwas voraussagt, sondern einer, der etwas offen heraussagt. Prophetie ist in der Bibel Gegen-Öffentlichkeit, das offene Heraussagen dessen, was vom Verschweigen, Vergessen, Ver-

drängen bedroht ist. Tritojesaja fordert uns zu solchem Zeugnis auf. Laut muss werden, was in Vergessenheit gerät, ins Zentrum müssen die rücken, die an den Rand geraten. Seine Adressaten sind die, die guten Willens sind, und doch sich verfehlen, vergehen, weil sie Menschen ausschließen. Es geht um grundsätzliche Wertentscheidungen. Wollen wir es zulassen, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Mit einer Erinnerung an den biblischen Sabbat lassen sich die ökonomischen Probleme unserer Welt und unserer Zeit gewiss nicht unmittelbar lösen. Es bedarf guter Konzepte mit Sachverstand und politischer Realisierungsmöglichkeit. Ich bin nicht so vermessen zu meinen, die Kirche, die Gewerkschaften oder gar ich, verfügten über solche Konzepte. Aber: Eine Erinnerung ist mir unverzichtbar. Am Sabbat in Israel und am 1. Mai vor hundert Jahren sollte nicht das sich durchsetzen, was aus ökonomischen Interessen, aus Betriebsinteressen das Optimale gewesen wäre.

Die Ruhe aller am selben Tag, die Brache aller Äcker im selben Jahr, das war schon damals ökonomisch kontraproduktiv. Deshalb geht es vor allem darum, ob wir uns dem Primat der Wirtschaftsinteressen beugen. In dieser Grundentscheidung darf es keinen Zweifel geben.

Gerechtigkeit ist der parteiliche Einsatz für die Schwachen. Und nur auf Schritten zu solcher Gerechtigkeit können wir Gottes Nähe spüren, Gottes Gerechtigkeit erfahren. Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben. „Ruft lauthals“, so hört Tritojesaja den Auftrag Gottes. Es gab gute Gründe, das wörtlich zu nehmen und das Schofar-Horn als Signalinstrument tönen zu lassen.

An die Übersetzung der Lutherbibel mit ihrem „Rufe getrost!“, habe ich eine kritische Frage gerichtet, da sie an dieser Stelle zu tröstlich, zu kirchlich, zu fromm klingen könnte. Aber wenn wir die Bedeutung von „getrost“ genau hören, ist das so schlecht nicht. Getrost, das heißt: nur zu! Ruf, ohne dich beirren zu lassen! Rufe, auch wenn auf dem Alten Markt in Herford nicht viele Menschen stehen. Du darfst, du kannst so rufen, wenn du sagst, was du zu sagen hast, nicht aus eigener

Vollmacht, nicht aus eigener Autorität, sondern in Gottes Auftrag unbeirrt, mutig und gelassen.

Darum geht es, dass soziales Engagement und Frömmigkeit zusammenkommen und sich gemeinsam auf den Weg machen sollen, auf den Weg der Gerechtigkeit. Und dann gibt es in unserem Text eine Bewegung vom lauten Signal am Anfang hin zum Thema des Sabbat: Ruhe, nicht immer das Letzte herausholen! Auch das gehört zu unserem Text, an dessen Ende von Freude und Leben die Rede ist. Dann kommen wir dahin, was die Botschaft des DGB zum 1. Mai besagt. „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“: Deine, nicht meine Würde muss das Maß werden.

Amen

Holger Kasfeld, Jahrgang 1965, ist Pfarrer, Referat Kirche und Gesellschaft im Kirchenkreis Herford.

Eine andere Republik? Widerspruch zum 1. Mai

Von Arno Klönne

Auf dem Alten Markt in Herford hielt Arno Klönne am 1. Mai 2006 eine Rede, deren Hauptthesen dieser Artikel enthält. In diesem Jahr kamen aus dem Unternehmerlager sogar Forderungen nach Abschaffung dieses staatlichen Feiertags. Ange-

sichts der „Demontage der Sozialstaatlichkeit“ ist die „Wiederaneignung von Volkssouveränität“ nötig.

Die Alt-Bundesrepublik Deutschland, die ab 1949 staatlich verfasste westdeutsche Gesellschaft also, zeichnete sich für einige Jahr-

zehnte im internationalen Vergleich durch ein besonders hohes Niveau sozialer Errungenschaften aus; im "Rheinischen Kapitalismus" war die Eigendynamik der Marktwirtschaft auf vielfältige Weise sozial eingeschränkt. Wirkende Faktoren waren dabei die relativ starke Stellung der Gewerkschaften (bedingt auch durch einen hohen Beschäftigungsgrad), die informelle sozialpolitische Koalition zwischen der Sozialdemokratie und dem Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien, die Konzessionsbereitschaft der Unternehmerseite angesichts des „Wirtschaftswunders“, die Rücksichtnahme auf die Systemkonkurrenz „im Osten“ – und auch der ideelle Einfluss christlicher Soziallehren. Hinzu kam die Intention, den erneuten Anlauf zur Demokratie in Deutschland nicht durch allzu heftige soziale Probleme zu erschweren. Aus alledem ergab sich, wenn auch im einzelnen immer wieder konflikthaft, so etwas wie ein sozialstaatlicher Konsens, als Klassenkompromiss, im Rahmen kapitalistischer Grundstrukturen.

Dieses historische gesellschaftspolitische Profil der Bundesrepublik geriet bereits in Verunsicherung vor dem Beitritt der neuen Bundesländer. Spätestens seit der Wiedervereinigung werden die sozialstaatlichen Eigenschaften der Bundesrepublik systematisch

demontiert, wobei – in wechselnden Regierungskonstellationen – eine konzeptionelle „ganz große Koalition“ tätig war und ist, die von der FDP über die Unionsparteien und die Grünen bis hin zur SPD reicht. Bei allen tatsächlichen oder propagandistischen Differenzen im Detail herrscht im Spektrum dieser Parteien die Auffassung vor, der „alte Sozialstaat“ sei nicht mehr brauchbar, es müsse „dereguliert“, dem Markt mehr Raum gegeben werden; das daraus entstehende höhere Ausmaß sozialer Ungleichheit sei als gesellschaftlich „produktiv“ (Wolfgang Clement) zu akzeptieren.

Beim Umbruch der deutschen Gesellschaftsordnung sind strategische Linien erkennbar, die sich in Kürze so kennzeichnen lassen:

1. Bisher kollektive, auf sozialen Ausgleich und Solidarität gerichtete Sicherungssysteme (fürs Alter, bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit) werden stückweise und schrittweise individualisiert und durch private Versicherungen abgelöst; es entsteht damit ein immenses neues Geschäftsfeld für den Finanzmarkt. Dieser Prozess vollzieht sich nicht abrupt, aber schon jetzt ist das Vertrauen in sichernde kollektive "Sozialverträge" weitgehend dahingeschwunden, kommerzielle Angebote gelten deshalb immer mehr als Zukunftslösung.

2. Bisher öffentliche Güter und öffentlich organisierte Dienstleistungen wurden und werden weiterhin privatisiert, d.h. den Regeln profitabler Kapitalverwertung überstellt. „PPP“-Formen“ (Public Private Partnership) stellen Übergangslösungen für diese Transformation dar, die bereits jetzt über die Sektoren Verkehr, Telekommunikation, Post und Energieversorgung hinaus auch den Bildungsbereich erfasst. Der Trend geht dahin, alle gemeinwirtschaftlichen, nicht völlig dem Profitprinzip unterworfenen Strukturen wegzuräumen.

3. Die Gewerkschaften werden aus der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sukzessive verdrängt, Flächen- und Branchentarifverträge sollen noch mehr an Bedeutung verlieren, an ihre Stelle rücken Betriebsvereinbarungen und individuelle Arbeitsverträge. Prekäre Formen von Beschäftigung expandieren, Teilzeitarbeit, befristete Arbeit, Scheinselbständigkeit; unter dem Druck eines sich ausweitenden Niedriglohnsektors (working poor) verliert die gewerkschaftliche Interessenvertretung an Kraft.

4. Die Steuerlasten werden noch weiter von oben nach unten verschoben, tendenziell wird die Bundesrepublik zu einem Lohn- und Konsumsteuerstaat, während die Kapitaleseite sich immer mehr aus der Finanzierung der öffentlichen Haus-

halte zurückzieht. Die Gewinn- und Vermögensbildung in der Bundesrepublik steigt kräftig an, dies eben auch durch rigore Umverteilung von unten nach oben.

Im gesellschaftsstrukturellen Effekt bedeutet dieser Umbruch eine starke soziale Polarisierung – es ist nicht überzeichnet, dies auf die Formel zu bringen: Die Reichen werden reicher und die Armen zahlreicher.

Sicherlich spielt bei dieser Entwicklung der Druck einer globalisierten Ökonomie mit. Aber die Bundesrepublik als Exportweltmeister und als eine der weltweit reichsten Gesellschaften hat sehr wohl einen Handlungsraum für eigene gesellschaftspolitische Entscheidungen. Inzwischen setzen viele andere hochentwickelte Länder sozialpolitisch weitaus höhere, den sozialen Ausgleich anstrebende Maßstäbe als die Bundesrepublik. Deutschland ist längst kein sozialstaatlicher Musterfall mehr, es hat einen Kurs eingeschlagen, an dessen Ende die ungebändigt kapitalistische Klassengesellschaft stehen wird. Es sei denn ... – aber was?

Es ist nicht so, als wäre die Demontage der Sozialstaatlichkeit von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hierzulande gewollt und legitimiert. Auch die breit angelegten und höchst aufwändigen ideologischen Kampagnen neoliberaler Pressure-Groups haben nicht



Arno Klönne, Jahrgang 1931, lehrte als Professor für Soziologie in Paderborn, in den 60er Jahren Sprecher der Ostermarschbewegung, Redaktionsmitglied der „Werkhefte katholischer Laien“, Mitbegründer des Sozialistischen Büros und der Zeitschrift „links“, Mitherausgeber der Zweiwochenzeitschrift „Ossietzky“.

Foto: privat

dahin geführt, dass die Bevölkerungsmehrheit dem Markt die alleinige Macht übertragen möchte. Ein solches Widerstreben hat jedoch nicht ohne weiteres gesellschaftspolitische Gegenmacht zur Folge, zunehmend wird vielmehr von den Verlierern beim Umbruch der Bundesrepublik resigniert – apathisch reagiert, der Rückgang in der Wahlbeteiligung ist ein Zeichen dafür. Allerdings gibt es Ansätze von sozialem Protest, eine Suchbewegung nach politischen Alternativen (der Zuspruch, den die Linkspartei bei den Bundestagswahlen im Herbst 2005 erfuhr, ist nur ein Indiz dafür), neues Engagement in Initiativen für direkte Demokratie, auch mehr Eigenaktivität bei Mitgliedern der Gewerkschaften, kurzum: Widerspruch regt sich, von einer neoliberalen Gleichschal-

tung „unten“ kann keine Rede sein. Sehr deutlich zeichnet sich ab: Die Hoffnung, durch Appellieren an die derzeit dominierenden politischen und wirtschaftlichen „Eliten“ sei eine Rückbesinnung auf den Sozialstaat zu erreichen, ist unrealistisch. Soziale Solidarität als Gesellschaftsentwurf wird nur durch hartnäckige und weitdenkende Opposition zu aktualisieren sein, im stetigen Konflikt also. Wer die Sozialdemontage zum Halt bringen, einen Politikwechsel anbahnen will, wird sich Gedanken über eine Wiederaneignung von Volkssouveränität machen müssen.

Offen scheint mir, ob Ideen aus der christlich sozialen Überlieferung noch einmal Bedeutung erhalten können für eine neue, vielgestaltige gesellschaftliche Bewegung mit sozialsolidarischer Perspektive.

Rechtsstaat und Fürsorge – Der biblische Begriff „Gerechtigkeit“

Von Franz Segbers

Bei Großverdienern schauen Hessens Finanzbeamte nicht immer so genau hin. Zu diesem Ergebnis kam der Landesrechnungshof bei einer Stichprobenkontrolle von 350 Steuerakten. Hohe Einkommen würden zumeist nicht genauer geprüft als durchschnittliche, da-

bei seien diese rechtlich kompliziert und bedürften eigentlich einer genaueren Prüfung. Daher drohen hier besonders hohe Steuerausfälle.

Druck auf Armen, Nachsicht bei den Reichen

Während der Präsident des Landesrechnungshofes im Mai 2006 dies bemängelte, schaut die



© Dominique Verrier – FOTOLIA

Politik schon genau hin – nur woanders. Sie entdeckte millionenfachen Missbrauch bei Hartz-IV-Empfängern, wo er gar nicht vorliegt. Auch wenn er sich nicht statistisch nachweisen lässt, der Verdacht hat Methode. Er ist nämlich Teil des Umbaus des Sozialstaates von einem sozial aktiven zu einem aktivierenden Sozialstaat. Aus dem Sozialstaat ist ein Schnüffelstaat geworden, der Druck ausübt. Die langandauernde Krise der kapitalistischen Ökonomie wird individuell gedeutet. Die Arbeitslosen sind die Verursacher der Massenarbeitslosigkeit. Ihre fehlende Motivation oder Bereitschaft, jede zumutbare Arbeit um jeden Preis anzunehmen, ist der Grund für die Arbeitslosigkeit.

Urpötzlich machte die Politik einen Missbrauch der „Grundsicherung für Arbeitslose“ aus. Statt der ursprünglich geplanten 14 Mrd. Euro habe der Bund jetzt das Doppelte zu zahlen. Der Präsident des Diakonischen Werkes Jürgen Gohde stimmte in diese Klage ausufernder Kosten ein. Während die Kampagne lief, wurde eine Stimme wohlweislich überhört. Der bereits unter dem früheren Wirtschaftsminister Clement zuständige Staatssekretär Gerd Andres hatte der Bundesregierung rechtzeitig mitgeteilt, dass man bei der Bewertung des neuen System Hartz IV berücksichtigen müsse, „dass auch in den alten Systemen aufgrund ungünstiger Entwicklung

des Arbeitsmarktes die Ausgabenbelastung ... zugenommen hätte.“ In der Summe von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe waren 2004, also im letzten Jahr des alten Systems, bereits Kosten von 26,6 Mrd. Euro entstanden. Ohne einen Wechsel zu Hartz IV hätte sich diese Zahl auf 31,3 Mrd. Euro erhöht, so Endres.

Diese Kampagne erfüllt gleichwohl eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Welche Untersuchung man auch heranzieht: Immer mehr Menschen blicken mit Sorgen in die Zukunft. Sie haben Angst vor Arbeitslosigkeit. Sie spüren, dass die vertraute soziale Sicherheit brüchig geworden ist.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auch eine Ausbildung schützt nicht mehr vor Arbeitslosigkeit. Immer mehr Menschen sind von den Veränderungen betroffen, die alle Lebensbereiche erfassen. „Deutsche Zustände“ so heißt eine im jährlichen Zyklus erscheinende Veröffentlichung von Wissenschaftlern aus Bielefeld. In dieser Untersuchung zeigt sich eine tiefe Verunsicherung:

Die Ergebnisse der Untersuchung sind besorgniserregend: So finden ca. 60% der Deutschen, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland, jeder fünfte meint, dass die Juden in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Jeder Dritte sagt: Wer immer schon hier lebt, der sollte auch

mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“ Die Forscher sprechen hier von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Das Feindschaftsverhältnis bezieht sich nicht auf einzelne Personen sondern auf Gruppen. Diese Gruppen sind: Muslime, Ausländer, Juden und auch Menschen, die in ihrem Verhalten abweichen: dazu zählen Obdachlose, Behinderte, Arme, Homosexuelle.

Was fällt ins Auge? Betrachtet man die Ereignisse des Jahres 2005, wird deutlich, dass rasante ökonomische Entwicklungen und soziale Integration auseinander zu driften scheinen. Es ist anzunehmen, dass sich dies in den Gefühlen der Bevölkerung niederschlägt. Erstens: die Wahrnehmung, dass die soziale Unsicherheit größer wird. Zweitens: Das Gefühl der Orientierungslosigkeit. Drittens: Das Gefühl, die ökonomische Entwicklung doch nicht beeinflussen zu können.

Die Forscher belegen, dass sich in den erwähnten drei Bereichen die Trends zwischen 2002 und 2005 verschärft haben: Stark zugenommen haben die Desintegrationsgefahren, die sich in Angst vor Arbeitslosigkeit, Befürchtungen eines niedrigen Lebensstandards und negativen Zukunftserwartungen ausdrücken. Dies gilt ebenso für die Frage, ob man nach eigener Wahrnehmung an Orientierung und politischem Einfluss verliert. Immer mehr Menschen sind orien-

tierungslos. Man weiß nicht mehr, was los ist (66 Prozent). Und: dass man – so das Gefühl – früher wusste, was man zu tun hatte (63 Prozent).

Und was wird aus der Lage der Bürger in der gesellschaftlichen Mitte? Mit materiellen Zugewinnen »oben« und Verlusten »unten« geraten sie ins Rutschen. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Und mitten drin die gesellschaftliche Mitte in ihrer Angst vor dem Abstieg. So verspüren etwa die Hälfte aller Befragten Angst vor sozialem Abstieg – also nicht nur Befragte in den unteren, sondern auch in mittleren und gehobenen Soziallagen, mithin jene, die viel zu verlieren haben. 53,7% der Menschen im unteren sozialen Fünftel geben an, dass sie große und sehr große Angst haben, arbeitslos zu werden, in der mittlere Soziallage sind es 40,3% und in der sozial gehobenen Lage 25,1%. Die Angst vor dem Abstieg führt zur Ablehnung von schwachen Gruppen. Hier zeigt sich eine Angst vor einem sozialen Absturz, die durch »Hartz« forciert wird. Hier schließt sich der Kreis: An den Arbeitslosen wird allen vorexerziert, was jedem passieren kann. Jeden trennen auch bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit nur zehn Monate von einem Leben zum Sozialhilfeniveau, das heute durch das Arbeitslosengeld II festgelegt wird, aber auch nur

bei Restvermögen von 200 Euro pro Lebensjahr.

Im Jahr 2005 vertraten fast 87 Prozent der Befragten die Auffassung, dass die Gesellschaft immer mehr auseinander fällt. Zwischen 2002 und 2005 ist der Zweifel an der Solidarität mit Hilfsbedürftigen spürbar auf fast 39 Prozent gewachsen. Auch die Zweifel daran, dass Menschen bei uns fair miteinander umgehen, stiegen bemerkenswert auf über 70 Prozent an. Und dass der Wohlstand gerecht verteilt sei, bezweifeln – auch ansteigend seit 2002 – in diesem Jahr 87 Prozent. Grundprinzipien einer integrationsfähigen Gesellschaft wie Solidarität, Fairness und Gerechtigkeit scheinen zur Disposition zu stehen.

Wenn die Desintegrationsverfahren bei der Mehrheit und in der Mitte zunehmen, reduziert sich die Anerkennung schwacher Gruppen. Es könnten sich auch Reaktionen gegen „die da oben“ richten. Aber leichter und individuell risikoloser ist es, solche Reaktionen gegen Schwache zu wenden, in Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Angst vor Muslimen, Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen und Aversionen gegen weitere Gruppen.

Das machtlose Verzagen gegenüber den Starken schlägt um – abgewertet werden die Schwachen. Anders gesagt: Man erkennt sich gleichsam wie in ei-

nem Vergrößerungsglas selber in den Schwachen, hat Angst, wohin man geraten könnte. So viel trennt mich gar nicht von denen – aber ich will nicht dahin geraten. Deshalb ist es eine verständliche Reaktion, diese Angst zu beseitigen. Wodurch: dadurch, dass man diese Leute aus dem Blickfeld beseitigt. Hinter dieser Abwertung verbirgt sich eine Art Selbstaufwertung in unsicheren Zeiten.

Verschwiegener Reichtum – Sichtbare Armut

Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Das macht Angst. Die Bundesrepublik wird zunehmend zu einer „verstörten Gesellschaft“, so Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld. Wir schauen uns selber bei denen ins Gesicht, die uns so lästig vorkommen – und erschrecken.

Noch nie war unsere Gesellschaft so reich wie zur Zeit. Die beiden reichsten Männer der Bundesrepublik, die Gebrüder Albrecht, haben als Eigentümer der Aldi-Ketten Nord und Süd ein Privatvermögen von über 30,6 Mrd. Euro. Wer meint, das sagt wenig über die Wohlstandsverteilung in einem Land aus, der wird von dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung darüber informiert, dass 10% der Bevölkerung bei uns 47% des Nettovermögens besitzen. (Dabei wird das Produktivkapital nicht berücksichtigt. Wenn man dieses einbe-



Franz Segbers, Jahrgang 1949, Theologe und Soziologe, altkatholischer Pfarrer, Professor für Sozialethik in Marburg, Referent für Ethik im Diakonischen Werk Hessen und Nassau.

Foto: Reiner Frey

zieht, ist die Konzentration noch stärker.) Auf der anderen Seite besitzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also 50% der Bürger dieses Landes, insgesamt nur knapp 4% des gesamten Geldvermögens. Das heißt: Wer Armut bekämpfen will, der muss diese Missverhältnisse ändern.

Im letzten Jahr ist das Volkseinkommen um 26,2 Mrd Euro gestiegen. Die Gewinn- und Vermögensbesitzer haben von diesen 26,2 Mrd genau 31,8 Mrd Euro bekommen. Sie konnten das nur, weil für die anderen, die Arbeitnehmer, ein Minus von 5,6 Mrd Euro blieb. Wer unten ist, der muß für die da oben zahlen. Das heißt: Die Vermögens- und Gewinnbesitzenden haben sich ihren überhöhten Anteil bei den Arbeitnehmern und den Armen im Land geholt.

Die Zahl der Tafeln für hungrige und bedürftige Menschen ist im vorigen Jahr von 230 auf 589 hochgeschneit. Die Regelleistung von 345 Euro im Monat beschämt die Armen. Sie ist ein Armutszeugnis für eine reiche Gesellschaft, in der es Menschen gibt, wie den Chef der Deutschen Bank, der am Tag 33.000 Euro verdient, und in der gleichzeitig diskutiert wird, die Bezüge für Hartz IV-Empfänger zu senken!

Armut als Verweigerung von Gerechtigkeit

Was ist Armut? Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bun-

desregierung bezieht sich auf eine so genannte Armutsquote. Vom Risiko der Einkommensarmut wären demnach in Deutschland 11 Millionen Menschen betroffen. Gezählt werden dabei Personen in Haushalten, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens beträgt. Diese Verfahren operationalisiert für den Einkommensbereich die so genannte relative Armutsdefinition des Rates der EU aus dem Jahr 1974, wonach Personen als arm gelten, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens beziehen. Der neue Armutsbericht sieht die Armutsschwelle lediglich bei 40 Prozent. Mit anderen Worten: Das eingeführte Maß für Armut ist verloren gegangen. Lediglich die Quote derer, die ein Risiko der Armut tragen (13,6%) und der Anteil derer, die in strenger Armut leben (1,9%) wird mitgeteilt. Was Armut ist und wie viele Arme es in Deutschland gibt, mag dieses Konzept nicht mitteilen. Lediglich das Maß der Einkommensungleichheit wird gemessen und mitgeteilt. So wichtig dies ist, so kann diese Armutsberichtserstattung eines nicht leisten: verständliche Aufklärung, den Hinweis auf Not in einer Gesellschaft. Es liegen aus dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband detaillierte Berechnungen vor, die deutlich machen, worum es geht: „Hartz“ heißt heute, 3,60 Euro für Schuhe im Monat zu haben, 1,33 Euro

für Schulhefte der Kinder und 1,26 Euro für Kinobesuche. Mit diesen Beträgen sagt man, kann die soziale und kulturelle Teilhabe, sollen Bildung und Entwicklung sichergestellt werden.

Armut kann politisch und gesellschaftlich immer nur das sein, worauf wir uns in einem gesellschaftlichen Diskurs verständigen, was Armut ist. Es gibt kein wissenschaftliches Instrumentarium, das definieren könnte, was Armut ist. Armut entzieht sich nicht deshalb einer „objektiven“ Definition, weil der Gegenstand selber so komplex ist und eine bloße Einkommensarmut oder die Lebenslage als Messgröße nicht ausreicht. Die Anerkennung von Armut lenkt den Blick auf die Gesellschaft insgesamt. Je nachdem nämlich, wie viel oder auch wie wenig sie bereit ist, von dem erwirtschafteten Wohlstand für die Beseitigung von Notlagen der Bevölkerung aufzuwenden, wird Armut weiter oder enger definiert. Armut zu definieren, heißt deshalb, die Fragen nach der Verpflichtung zum Teilen des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstandes zu stellen. Armut ist ein ethischer und politischer Begriff. Ohne einen Blick auf die tatsächliche Lebenslage von Menschen ist eine Verständigung und ein tragfähiger Konsens über Armut und die Bekämpfung von Armut nur schwer möglich.

Armut ist ein ethischer und politischer Begriff. Doch es reicht

nicht aus, Fakten zu vermitteln. Es geht um eine Haltung der Empörung, dass unsere reiche Gesellschaft es zulässt, dass Menschen unter die Armutsgrenze gedrängt werden. Ohne diese Portion Empörung, die Theologen „Compassio“ nennen, werden wir das Problem Armut nicht in die Öffentlichkeit bringen können. Und vielleicht brauchen wir auch Scham. So jedenfalls war der erste Armutsbericht der Bundesrepublik Deutschland überschrieben, der im November 1989 unter dem Titel: „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land“ erschien. Es geht um unsere Schamgrenze angesichts höchst ungleich verteilter Chancen.

Reichtum und Vermögen

Die Debatte über Reichtum bewegt sich auf einer Nebenarena, wenn sie allein auf die Eigentumsfrage bezogen wird. Die bezifferbare Zahl von Reichtum sagt nichts über die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung von Reichtum, genauer: der Reichen aus. Reichtum besteht nicht allein darin, wie viel jemand besitzt. Der Begriff des Vermögens bietet eine Brücke zur Bedeutung des Reichtums. Vermögend sind die, die über außergewöhnlich viel materielle Ressourcen verfügen, also Geld, Grund und Boden, Immobilien, Fabriken oder Produktionsanlagen besitzen. Wer Vermögen besitzt, der kann nicht nur das ei-

gene Leben nach selbstgewählten Vorstellungen gestalten, er hat auch Macht über die Lebensgestaltung anderer. Dabei erlaubt Vermögen nicht nur die Ausübung von Macht, sondern Reichtum basiert auf der Macht über die Arbeit anderer, denn Reichtum muss schließlich produziert werden.

Adam Smith, der Begründer der modernen Marktwirtschaft, spricht dann von einem „Vermögen“, wenn er als Unternehmer dadurch über eine ständige Gewinnquelle verfügt, wenn er über das Ergebnis der Arbeit anderer verfügen kann. Armut und Reichtum geben ziemlich deutlich die Fernwirkungen des Verhältnisses von abhängiger Arbeit und Kapital wieder.

Die öffentliche Armut ist selbstverschuldet

Mitten im Reichtum nimmt nicht nur die private, auch die öffentliche Armut zu. Öffentliche Armut ist das Ergebnis von staatlichen Finanzierungsdefiziten, die vornehmlich durch die hohen Steuerentlastungen seit 2000, aber auch durch die wirtschaftliche Talfahrt hervorgerufen wurde. Der Staat ist immer weniger in der Lage, seinen Aufgaben nachzukommen. Diese Einnahmerückgänge erfordern Sparmaßnahmen beim öffentlichen Personal und bei den öffentlichen Investitionen. Die öffentlichen Investitionen, die lange Jahre 5 Prozent des BIP ausmachten,

liegen auf dem niedrigen Niveau von 1,6 Prozent. Büchereien, Schwimmbäder schließen. Die Finanzierung der Bildung wird zurückgefahren, Krankenhäuser werden verkauft, Versorgungsdienste privatisiert.

Der Staat verzichtet einerseits auf Steuereinnahmen zur Finanzierung seiner Aufgaben und entlastet zudem die großen Gewinner der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre. Andererseits lähmt die erzwungene Ausgabenkürzung die wirtschaftliche Entwicklung und erhöht dadurch Arbeitslosigkeit. Die Folge ist, dass trotz aller Sparmaßnahmen die Defizite auf allen Ebenen staatlichen Handelns in Bund, Länder und Kommunen steigen.

Es ist möglich, mit einer entsprechenden Steuer- und Abgabenpolitik der wachsenden Ungleichheit zwischen arm und reich sowie der öffentlichen Armut entgegenzuwirken. Noch vor der radikalen Steuersenkungspolitik der Jahre 2003 und 2005 lag nach OECD-Angaben die Steuerquote bei 20,9%. Hätte Deutschland im Jahr 2002 eine Steuerquote von 27,7% wie Frankreich gehabt, wären 583,7 Mrd. Euro an Steuereinnahmen geflossen. Tatsächlich waren es nur 441,7 Mrd. Euro. Läge in 2004 die Steuerquote bei 27%, wäre es zu gesamtwirtschaftlichen Steuereinnahmen in Höhe von 590 Mrd. Euro gekommen. Durch die Steuerverschonungs-

politik waren es allerdings lediglich 442 Mrd. Euro. Die Steuer-
vermeidungspolitik hat ein dop-
pelttes Ergebnis: Zum einen
fördert sie eine gesellschaftliche
Ungleichheit, die auf alle ande-
ren Lebenslagen durchschlägt,
zum anderen verzichtet die öf-
fentlichen Hand auf jene Mittel,
die sie dringend zur Erfüllung
ihrer Aufgaben braucht. Statt für
eine angemessene Besteuerung
der Gewinn- und Vermögensein-
kommen zu sorgen, fördert die
Steuerpolitik die Verteilung von
unten nach oben. Die Kapitalge-
sellschaften haben die Steuerge-
schenke und den Anstieg ihrer
Nettogewinne nicht zur Finan-
zierung von Arbeitsplätzen ge-
nutzt. Steuerpolitik, die ur-
sprünglich auch dem sozialen
Ausgleich dienen sollte, wird
zur Quelle von Ungleichheit.

Steuerreform erzwingt hinter
dem Rücken mit dem süßen Gift
der Steuerentlastung der Bürger
eine Aufgabenkürzung und einen
Abbau des Sozialstaates. Die
politisch verursachte prekäre Fi-
nanzlage leitet faktisch eine ge-
sellschaftspolitische Gegenre-
form ein und befördert den
Umbau des bisherigen sozial ak-
tiven Sozialstaates zu einem an-
deren Sozialstaatskonzept, dem
sozial „verschlankten“, aktivie-
renden Sozialstaat mit niedrigen
Steuersätzen und wenigen öf-
fentlichen Leistungen. Er richtet
das Augenmerk ausschließlich
auf die Ausgabenseite eines
hochverschuldeten Staates und

thematisiert die Einnahmeseite
kaum. Am Ende einer solchen
selbst verstärkenden Politik
der Einnahmekenkung herrscht
der Sachzwang vor, sparen zu
müssen, da die Öffentlichen Kas-
sen leer sind. Gespart wird vor-
nehmlich bei den sozial Schwach-
en, den Kranken, den
Arbeitslosen. So wird durch ri-
gorose Einnahmekenkung eine
Politik der leeren Kassen insze-
niert, um anschließend mit dem
Druck von leeren Kassen Politik
machen zu können. Die Kontu-
ren dieser neuen Sozialstaats-
konzeption werden immer deut-
licher. Der private Konsum sank.
Sozialleistungen wurden ge-
kürzt, und die Einkommensent-
wicklung stagniert seit Jahren.
Andererseits stiegen die Gewin-
ne der Kapitalgesellschaften von
1993 bis 2003 um 61 Prozent, ihre
Gewinnsteuern dagegen nur um
3 Prozent. Dennoch sind die In-
vestitionen zurückgegangen.
Während auf der einen Seite die
Politik den Gewinn und den
Börsenwert der Unternehmen in
die Höhe treibt, die Gewinne ex-
plosionsartig steigen, nehmen
auch Armut, Armut trotz Arbeit
und prekäre Arbeitsbedingun-
gen zu.

Der biblische Blick auf Armut und Reichtum

Wer weiß eigentlich heute
noch, was ein „Schnorrer“ war?
Ein Schnorrer war weder ein
Bettler noch ein „Nassauer“,
sondern eine sehr selbstbewuss-

te Persönlichkeit in den jüdischen Gemeinden, die sich zugute hielt, dass sie den Reichen die Gelegenheit ermöglichte, Gerechtigkeit zu üben, was ihnen das Tor zum Paradies öffnete. Wehe, wenn sie streikten, weil die überreichte Geldspende nicht angemessen schien. Sie machten den Geiz eines solchen Reichen öffentlich, indem sie ihn boykottierten, ihn nicht mehr aufsuchten, um die Spende abzuholen. Er geriet dadurch in der jüdischen Gemeinde in Acht und Bann und konnte sich nur durch Bitte um Entschuldigung bei den Schnorrern rehabilitieren, die sie ihm gnädig gewährten, wenn er Reue zeigte und tätige Buße übte.

Von einem Rothschild, Baron aus der berühmten Frankfurter Bankiersfamilie, wird berichtet, dass er einem Schnorrer durch seinen Sekretär mitteilen ließ, er müsse sich diesmal mit einem geringeren Betrag begnügen, da der Herr Baron wegen der Hochzeit seiner Tochter erhebliche Ausgaben hatte. Daraufhin der Schnorrer empört: „Was – mit meinem Geld will der Herr Baron seine Tochter verheiraten?“

Einen anderen Schnorrer jedoch, der eine erhebliche Summe erhalten hatte, traf der Baron in einem koscheren Restaurant, in dem er mittags zu speisen pflegte, als dieser sich eine gebratene Ente mit einem vorzüglichen Wein munden ließ. Er stellte ihn zur Rede und erhielt die

Antwort: „Aber Herr Baron, wenn ich kein Geld habe, kann ich mir das nicht leisten, wenn ich Geld habe, darf ich es mir nicht leisten. Wann, Herr Baron soll ich es mir leisten – eine gebratene Ente und diesen köstlichen Wein zu genießen?“

Was macht die Geschichte so amüsant? Der Empfänger von milden Gaben wird auch noch frech! Er tritt mit Ansprüchen auf und pocht auf sein Recht. Und doch: In einer überdeutlichen Überzeichnung zeigen diese Geschichten der beiden Schnorrer den Grundgedanken des biblischen Umgangs mit Armut und Reichtum auf. Die kleine Geschichte vom Schnorrer und dem Herrn Baron Rothschild zeigt, dass es zwischen der Armut des einen und dem Reichtum des anderen einen Zusammenhang gibt. Armut und Reichtum werden nicht als ein ökonomisches oder soziales Problem wahrgenommen, sondern zuerst als ethisches. Armut ist eine Frage der Verantwortung der Reichen.

Der arme Schnorrer kommt nicht daher als Adressat von Mildtätigkeit, sondern als eine Person, die Rechte hat und die der reiche Rothschild zu beachten hat. Die Geschichte lehrt: Der Herr Baron Rothschild steht in Verantwortung für die Lebenslage der Armen. Es liegt an ihm, den Armen zu seinem Recht kommen zu lassen.

Was die Bibel mit „Erbarmen“ benennt, nennen wir heute „Soli-

darität“. Diese Haltung hat einen Grund: Die Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen. Das ist der Grund für die verlässliche Zuwendung zu denen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Jesu und der Propheten erster Blick galt nicht der Sünde, nicht dem ewigen Leben, sondern der Witwe, dem Armen, der Waise, dem Fremden. In der Option für die Armen, zeigt sich der Gott der Bibel, der in der Person des Jesus von Nazareth den Menschen nahe kommt, als ein Gott, der Partei nimmt für die Gedeimütigten, die Leidenden, die Armen, Gedrückten und Entrechteten. Doch übersehen wurde bis in unsere Tage, dass der prophetische Einspruch gegen Unrecht und Ungerechtigkeit sich in einem Sozialrecht niedergeschlagen hat. Die theologische Tradition, die sich gegen das „Gesetz“ wandte, hat nicht sehen können, dass für die Bibel das Gesetz keineswegs das Evangelium verstellt, sondern selber Evangelium ist.

Armut und Recht

Damit die Armen zu ihrem Recht kommen können, reichen kritische Worte nicht aus – so dringend sie auch sind. Ungerechtigkeit muss mit Recht beseitigt werden. Genau deshalb hat die Bibel ein Sozialgesetzbuch mit wohl überlegten, sozialen Schutzbestimmungen erlassen. Zu diesen Schutzbestimmungen

gehört die wohl älteste Sozialsteuergesetzgebung der Weltgeschichte, die Anweisungen zur Bekämpfung dieser sozialen Spaltung gibt.

„In jedem dritten Jahr sollst du den ganzen Zehnten deiner Jahresernte in deinen Stadtbereichen abliefern und einlagern und die Leviten, die ja nicht wie du Landanteil und Erbesitz haben, die Fremden, die Waisen und die Witwen, die in deinen Stadtbereichen wohnen, können kommen, essen und satt werden, damit der Herr, dein Gott, dich stets segnet bei der Arbeit, die deine Hände tun.“ (Dtn 14, 28f.)

Geschrieben wurde das Sozialhilfegesetz vor mehr als 2.500 Jahren. Das Land Israel war damals reich, ein blühendes Land. Reichtum war in Hülle und Fülle vorhanden – doch nicht für alle. Der Prophet Jesaja klagt an: „Wehe denen, die ein Haus zum andern reihen, und einen Acker an den andern rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen.“ (Jes 5,8) Angesichts dieser Situation von Verarmung und Bereicherung überführt die Bibel den prophetischen Protest in ein Gesetz, das umverteilt, damit alle Teil am Reichtum haben können. Sie fordert einen Zehnten, doch nicht für die Priesterschaft oder den Tempel, sondern für die erwerbslosen Witwen, Waisen, Fremden. Worin besteht der Zehnte? Die Leute sollen den Zehnten von Korn, Wein und

Olivenöl abführen, damit die Fremden, die Waisen und Witwen zu essen bekommen. Diese Anweisung zur Bekämpfung sozialer Spaltung ist tief ins Stammbuch der europäischen Sozialkultur eingeschrieben. Sie besagt zweierlei: eine Sozialsteuer für die Wohlhabenden auf ihren Ernteertrag („den Zehnten von deiner Jahresernte“) und eine Sozialhilfe für die Armen, die Witwen und Waisen und die Fremden. Wenn eigene Einkünfte für ein Leben in Würde fehlen, dann sind Eingriffe in die Eigentumsrechte eine Frage der Gerechtigkeit. Darin besteht der Erntedank für Gottes gute Gaben und Gottes reiche Ernte.

Unser Schnorrer verkörpert den biblischen Umgang mit Armut. Der Arme hat einen Rechtsanspruch, der sogar so weit geht, dass der reiche Baron Rothschild überlegen muss, wie er denn die Hochzeit seiner Tochter so finanzieren kann, dass der Anteil, auf den der Schnorrer ein Recht hat, nicht geschmälert wird.

Der reiche Baron Rothschild ist ein Mensch, wie die Bibel sich einen Reichen vorstellt. Er soll nicht von seinem Überfluss in Barmherzigkeit abgeben, sondern den Rechtsanspruch des Schnorrs einlösen. Er wird nicht moralisch angeklagt wegen seines Reichtums oder um eine doch bitteschön angemessene großzügige Spende gebeten. Nicht Fundraising ist die Lösung, sondern Gerechtigkeit. Er-

barmen nimmt in der biblischen Tradition die Gestalt von Recht an – wie der Schnorrer. Rothschild wird in Pflicht genommen, mit „dem Hungrigen sein Brot zu brechen“ (Jes 58, 7). Doch diese Verpflichtung ist keine bloße Mahnung ans Gewissen, sondern eine rechtliche Verpflichtung. Das aber bedeutet: Diese direkte Solidarität zwischen Personen muss heute überführt werden in eine institutionelle Solidarität durch den Sozialstaat.

Die geforderte Solidarität zielt auf einen sozialen Ausgleich und meint gerade nicht Barmherzigkeit. Um Barmherzigkeit darf man bitten, doch Gerechtigkeit kann man einfordern. Die Bibel nimmt die Reichen in Pflicht, damit die Witwen, Waisen und die Fremden nicht allein vor Not bewahrt werden. Sie sollen zu ihrem Recht kommen. Und Sache der Reichen ist es, diese geforderte Gerechtigkeit herzustellen. Hier leuchtet auf, dass die Armen keinen Almosenstaat brauchen, sondern ein Recht haben auf einem gerechten Anteil am Sozialprodukt. Denn: Der Ertrag deiner Ernte, die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes also, muß dem Gemeinwesen dienlich sein.

Wie aber wird diese so gar nicht selbstverständliche Umverteilung begründet? „Damit der Herr, dein Gott, dich stets segnet bei der Arbeit, die deine Hände tun.“ Auf Reichtum kann Segen liegen, aber auch Unheil. Auf

Reichtum liegt nur dann Segen, wenn er sich nützlich macht für den sozialen Ausgleich. Nur geteilter Reichtum, nur ein Reichtum, der seine soziale Hypothek ernst nimmt, vermehrt sich zu Recht.

Die Agenda 2010 leitete die größte Kürzung von Sozialleistungen in der Geschichte des Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Reformpolitik war von einem auffälligen Rückgriff auf die politische Norm der Gerechtigkeit begleitet. Begleitet wird der Umbau zum neuen aktivierenden Sozialstaat mit einer Debatte um einen modernisierten Begriff von Gerechtigkeit.

Der Streit um Gerechtigkeit

Angela Merkel will ein „veraltetes Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit“ beiseite legen. Olaf Scholz plädierte für einen „modernisierten Begriff von Gerechtigkeit“: „Verteilungsgerechtigkeit. Diese Perspektive wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir brauchen einen umfassenderen Begriff von Gerechtigkeit.“ Der frühere Ministerpräsident des Landes NRW und jetzige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück definiert soziale Gerechtigkeit als Instrument aktivierender Sozialpolitik, die Integration in Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis fordert:

„Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas

für die Zukunft unseres Landes tun: Die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum; die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um die – muss sich Politik kümmern.“

Und was ist mit den anderen? Hatte nicht der demokratische und soziale Rechtsstaat ursprünglich im Sinn, dass es zwar leistungsfähige und weniger leistungsfähige Menschen gibt, aber dass aus diesem Unterschied perspektivisch keine soziale Schieflage in der Gesellschaft werden darf, sondern der Staat deshalb zu einem sozialen Ausgleich beizutragen habe?

Es muss angesichts der Debatte um Gerechtigkeit jedoch zu denken geben, dass gerade in einer Zeit, in der unsere Gesellschaft mitten im unvorstellbaren Reichtum zugleich wieder Armut hat, die Orientierung an der Verteilungsgerechtigkeit abgelöst werden soll. Diesen engen Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit wollen nicht wenige Debattenvertreter auflösen.

Die christlich-jüdische Tradition orientiert sich bei ihrem Nachdenken über Gerechtigkeit daran, die sozialen Verhältnisse von unten, aus einer Perspektive für die Schwachen und aus einer Parteinahme für den Menschen in seiner Verletzlichkeit und Be-

dürftigkeit anzusehen. Dieser Blick von unten geht davon aus, dass die Menschen als Ebenbilder Gottes mit einer gleichen Würde begabt sind. Deshalb darf niemand ohne Rechte sein, und deshalb ist die Würde eines jeden zu achten. Der Blick von unten enthält zugleich einen Maßstab der Gerechtigkeit: Die Stärke eines Gemeinwesens bemisst sich am Wohl der Schwachen.

Dieser Maßstab hat Europa geprägt. Deshalb kann der Sozialphilosoph Hauke Brunkhorst in seinem Buch „Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft“ sagen: „Europa begann in Jerusalem.“ Was aber begann dort genau? Eine Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit, welche die Hoffnung auf eine Form menschlichen Zusammenlebens ausdrückt, in der alle Menschen als Menschen und zwar ohne Vorleistungen oder Vorbedingungen, ohne Unterscheidung von Klasse, Rasse, Herkunft geachtet werden. Ob jemand arm, versklavt oder fremd ist, als Fremder, als Sklave und als Armer ist er immer schon ein Bruder, eine Schwester.

Die dem biblischen Denken verdankte Geschwisterlichkeit enthält drei Elemente:

- Die Anerkennung der Würde eines jeden, unabhängig von seinen Leistungen; jeder hat das Recht auf soziale Teilhabe, weil er lebt.

- Gerechtigkeit als Schaffung fairer und gleicher Bedingungen für jeden, um von seiner Freiheit Gebrauch machen zu können.
- Solidarität als Zuwendung zu den Lebensmöglichkeiten des anderen und als Einsatz für deren Wohlergehen.

Gerechtigkeit ist also die Anerkennung dessen, was Menschen einander schulden. Diese Gegenseitigkeit folgt aus dem Grundgedanken der Gleichheit aller. Gerade weil in einer demokratischen Gesellschaft Bürgerinnen und Bürger wechselseitig verbunden sind, schulden sie einander, dass niemand ausgeschlossen sei. Zur Gerechtigkeit gehört aber auch, dass der in Pflicht genommen wird, welcher dazu beitragen kann, dass diese Wechselseitigkeit auch eine materielle Grundlage bekommt, damit jeder von seiner Freiheit Gebrauch machen kann und niemand ausgeschlossen werde. Die Option für die Armen dringt darauf, dass die am Rande nicht den Preis dafür zahlen müssen, dass es den Vermögenden gut und immer besser geht, sondern nimmt vielmehr die Vermögenden für die Lebenschancen derer am Rande in Pflicht.

Ziel gerechter Verteilung ist die allgemeine Beteiligung aller Bürger. Genau dies hatte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann im Blick, als er zum 25. Jubiläum des Grundgesetzes sagte:

„Die Erfahrungen von Weimar haben gelehrt, dass wir beides – Rechtsstaat und Fürsorge – miteinander verbinden müssen. Soziale Grundlegung ist für die Demokratie unerlässlich ... So-

ziale Sicherung gehört zur Grundausstattung aller Bürger in der Industriegesellschaft als sichtbarer Beweis praktizierter Solidarität.“

Das Ganze verändern – ein Beitrag zum *processus confessionis*

Von Sabine Ferenschild/
Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar

Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar ist eins der zahlreichen regionalen Netze, die im Laufe des Konziliaren Prozesses zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung entstanden sind. Das Jahr 1992 als Gründungsjahr unseres Netzes prägte unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung: Die Erinnerung an die 500 jährige Eroberung Amerikas stand am Beginn der Vernetzungsinitiative – und blieb programmatisch für die weitere Zusammenarbeit der 100 Netzmitglieder (davon ca. 50 Organisationen aus dem evangelischen und katholischen Raum). Ob es das Engagement im Fairen Handel, in den Kampagnen „Erlassjahr 2000“ und „Saubere Kleidung“ oder der Protest gegen den zunehmenden Sozialabbau in der „Festung Europa“ war – das Netz setzte und setzt sich intensiv mit Fragen der Gerechtigkeit in Nord

und Süd auseinander. Dabei versteht es sich sowohl als Teil der ökumenischen wie der globalisierungskritischen Bewegung.

Soziale Spaltung

Trotz allen Engagements für eine menschenwürdige Welt machte sich im Laufe der Jahre bei vielen von uns Ernüchterung breit: Abgesehen von punktuellen Erfolgen konnten wir humane und ökologische Perspektiven nicht nur nicht durchsetzen. Im Gegenteil: Die „erfolgreiche“ Gründung der Welthandelsorganisation im Jahr 1995 machte augenfällig, dass das Projekt der neoliberalen Globalisierung eine zuvor kaum vorstellbare Durchsetzungsmacht entfaltete. Jeder kleine Schritt, der „unten“ in eine menschenwürdigere Welt getan wurde, wurde durch viele große Schritte von „oben“ in Richtung soziale Spaltung, globale Herrschaft und ökologische Zerstörung konterkariert. Die zunehmende Verarmung in den klassischen Industrienationen,

die Globalisierung des sozialen Wettlaufs nach unten, der wachsende Druck auf Flüchtlinge und Arbeitslose, das zeitgleiche Anwachsen des Reichtums in den Händen Weniger – diese Entwicklungen zeigten uns, dass längst nicht mehr der „reiche Norden“ das Entwicklungsmodell des Südens ist, sondern umgekehrt die Gesellschaften des Nordens nach dem Leitbild des armen Südens umstrukturiert werden. Dieses umgekehrte Entwicklungsparadigma forderte uns heraus, intensiver über die strukturellen Zusammenhänge von Armut und Reichtum in Nord und Süd nachzudenken. Das zehnjährige Netzjubiläum Ende 2002 stand dementsprechend unter dem Titel „Jenseits von Markt und Staat – Perspektiven von Solidaritätsarbeit in Zeiten der Globalisierung“. Eine wirkliche Perspektive für Solidaritätsarbeit sahen und sehen wir in der Überwindung der Vereinzelung von Kampagnenarbeit und des mit Kampagnenarbeit verbundenen verzweifelten Bemühens um „Anschluss- und Politikfähigkeit“ und der Hinwendung zu einer „Gesamt- bzw. Systemkritik“. Dies bedeutet nicht das Ende konkreter Kampagnenarbeit, denn nach wie vor ist das Ökumenische Netz aktiv z.B. in der Kampagne für „Saubere Kleidung“. Aber diese „neue“ Perspektive bettet die konkrete Kampagnenarbeit in einen strukturellen Rahmen ein.

„Das Soziale neu denken“

Die Notwendigkeit einer umfassenden Globalisierungskritik wurde uns durch zwei weitere Papiere bzw. Prozesse deutlich, mit denen sich der Arbeitskreis Theologie und Politik des Ökumenischen Netzes auseinandersetzte:

- Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz legte 2003 ein Impulspapier unter dem Titel „Das Soziale neu denken“ vor. Zwar ist das Papier erstaunlich schnell in den Schubladen verschwunden und scheint keine eigene Wirkungsgeschichte zu entfalten. Doch brachte es das kirchliche Einschwenken auf den neoliberalen Zeitgeist auf den Punkt: Der Sozialstaat sei das Problem, er belaste fast alle Menschen in Deutschland durch hohe Abgaben, der Sozialstaat untergrabe Ressourcen wie Eigenverantwortung und Bereitschaft zu Solidarität.¹ Ein solches Papier nur sechs Jahre nach dem Gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997, das immerhin als Ziel der biblischen Option für die Armen formuliert, „Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen“ und in diesem Sinne „die Wohlhabenden zum Teilen und zu

wirkungsvollen Allianzen der Solidarität (zu verpflichten, S.F.)“², vorzulegen, fordert zu einer Auseinandersetzung mit der Rolle der Kirchen in der Globalisierung heraus.

- Der von südlichen Kirchen geforderte Bekenntnisprozess angesichts der tödlichen Folgen der neoliberalen Globalisierung (processus confessionis), 1995 in Kitwe/Südafrika angestoßen, in Harare 1998 und Soesterberg 2002 aufgegriffen, steuerte im Vorbereitungsprozess auf die Weltversammlung des Reformierten Bundes in Accra 2004 auf einen Höhepunkt zu. Die Herausforderung an das Bekenntnis von Christinnen und Christen durch „die Tatsache, dass der Globalisierung immer mehr Menschen durch Ausgrenzung und barbarische Formen der Gewalt zum Opfer fallen“ und „die Beobachtung, dass der Kapitalismus im Zuge seiner globalen Durchsetzung zunehmend „religiöse“ Züge annimmt“³ wollten wir aufgreifen.

Das Ganze verändern

Nicht „Das Soziale neu denken“, worauf sich die nördlichen (verfassten) Kirchen gerne beschränken würden, sondern „Das Ganze verändern“, wozu viele Kirchen des Südens aufrufen, sollte der Leitgedanke der Diskussion in unserem Netz sein. Relativ früh stand die Entschei-

dung fest, nicht nur eine Versammlung zu diesem Thema abzuhalten, sondern eine breite Basis für eine fundierte Kritik unseres Wirtschafts- und Lebensmodells zu finden. Ohne unsere Wirkungsmacht als relativ kleine Vernetzung zu überschätzen, schien uns eine klare, schriftlich fixierte Gegenposition zum Mainstream kirchlicher „Globalisierungs-Gestaltung durch Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft“ wichtig zu sein – sowohl für die innerkirchliche Debatte im Norden, als auch als wahrnehmbare Stimme für den Süden.

Eine kurze Replik auf den Gedankengang des Papiers „Das Ganze verändern“ soll Einblick geben in die Positionen und Argumente, die wir auf verschiedenen Ebenen in den processus confessionis einbringen:

Erfahrungen, die wir machen

Der Gedankengang beginnt mit der Skizzierung von Erfahrungen, die wir in unserer Arbeit machen, von den Visionen und Hoffnungen auf einen Paradigmenwechsel von militärischer zu sozialer Sicherheit nach Ende des Kalten Krieges. Er benennt die Enttäuschungen dieser Hoffnungen durch radikalen Sozialabbau, innergesellschaftliche und weltweite Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse, Ungleichverteilung von Reichtum und Macht, wachsende Gewaltpotenziale, ökologischen Raubbau und



Dr. Sabine Feren-schild, Jahrgang 1964, ist Theologin und Soziologin, seit 1990 Pax Christi Mitglied, seit 1996 als Referentin beim Ökumenischen Netz Rhein Mosel Saar, hat 3 Kinder.

Foto: privat

die bei alldem standardmäßig wiederholte Behauptung von Wirtschaft und Politik „Es gibt keine Alternative!“. Diese Situation macht das „Ganze“ wirtschaftlichen und politischen Handelns und der ideologischen Orientierung zum Problem. Wer angesichts dieser Situation die soziale Marktwirtschaft als Lösung ansieht, übersieht, dass diese eine zeitlich und regional begrenzte Formation des Kapitalismus war, die zwar „Wohlstand für viele“ brachte, aber ebenfalls ausgrenzend wirkte und aus ökologischen Gründen nicht globalisierbar ist.

Globalisierung – Krise des Kapitalismus

Die zentrale Ursache dieser Krisenerscheinungen erkennen wir im absoluten Vorrang der Kapitalvermehrung vor allen anderen Bedürfnissen. Insofern interpretieren wir die neoliberale Globalisierung als aktuelle Phase des Kapitalismus. Die ganze Welt wird zunehmend der Kapitalvermehrung unterworfen. Krisen der Kapitalvermehrung führen zur Jagd nach immer neuen Verwertungsmöglichkeiten in Raum und Zeit: Enorme Produktivitätssteigerungen, einhergehend mit dem Überflüssig-Werden vieler Menschen, sowie die Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs-, Finanz- und Arbeitsmärkte, ihre Privatisierung, De-Regulierung und Liberalisierung sind Teil dieser Jagd. Das

Ergebnis ist die immer uneingeschränktere Unterwerfung von Menschen, Gesellschaften und Natur unter die Bedingungen der Kapitalvermehrung. Dieser Prozess läuft nicht „gegen den Staat“ ab, sondern mit massiver Unterstützung der ehemaligen Sozialstaaten, die nun als nationale Wettbewerbsstaaten⁴ agieren. Grundlage für die Kapitalvermehrung sind die spezifischen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, nach denen gesellschaftlich produzierter Reichtum privat angeeignet werden kann. In diesem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell erkennen wir die zentrale Ursache für unsere wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Krisen.

Die Welt wird zur Ware

In diesem Prozess der Unterwerfung der Welt unter die Bedingungen der Kapitalvermehrung werden Menschen und Welt zur Ware. Güter des täglichen Lebens wie Heilmittel, Wasser oder Grundnahrungsmittel werden zu unerschwinglichen Gütern für viele, teilweise zu patentiertem Eigentum. Menschen, weltweit auf der Suche nach Mitteln zum Leben, werden reduziert auf Mittel zur Produktion von Kapital.

Ökonomisierung des Menschen

Die Ökonomisierung des Menschen und seine Reduktion auf

Humankapital ist die logische Folge. Menschen interessieren mit Blick auf ihre Verwertbarkeit als (potenzielle) ProduzentInnen, DienstleisterInnen oder KonsumentInnen, nicht als Subjekte und Teil von Gemeinschaften. Wer im Sinne dieser Raster nicht verwertbar ist, wird zum Fall für den Sicherheitsstaat: Flüchtlinge werden zu Sicherheits- und Wohlstandsrisiken, Arbeitslose zu Sozialschmarotzern, die in die Zwangsjacke von Hartz IV gehören. Diese zunehmenden Tendenzen stellen einen unüberbrückbaren Gegensatz zum jüdisch-christlichen Bild vom Menschen dar, der als Mitmensch fähig ist, fremdes Leid wahrzunehmen und Verantwortung für Gerechtigkeit und Solidarität zu übernehmen.

Kapital als Götze und Kapitalismus als „Religion“

In einer Welt, in der tendenziell alles den Bedingungen der Kapitalvermehrung unterworfen wird, wird das Kapital zur „alles bestimmenden Wirklichkeit“ (Thomas Ruster). Es nimmt den Platz Gottes ein und wird zum Götzen, dem Opfer in Form von Kostensenkung und Sparen gebracht werden, damit er seine Heilsversprechen – Reichtum und Prestige für die, die der unsichtbaren Hand des Marktes vertrauen – einlöse.

Widerspruch gegen „Sachzwänge“

Da immer deutlicher wird, dass der globalisierte Kapitalismus seine Heilsversprechen von Wohlstand für alle nicht einlösen kann, wurde der Satz „Es gibt keine Alternative“ zum Fundamentaldogma von Wirtschaft und Politik. Widerstand gegen alternativlose Prozesse ist sinnlos. Gibt es keine Alternative, wird auch Demokratie sinnlos. Die Herrschaft der Sachzwänge ersetzt die Herrschaft des Volkes. Die Aussage „Es ist, wie es ist. Es gibt keine Alternative.“ kann auch als Eingeständnis interpretiert werden, dass es im Kapitalismus offensichtlich keine Alternative für eine menschenwürdige Welt gibt. Die Behauptung der Alternativlosigkeit bringt die Selbstverabsolutierung und Totalisierung des Systems auf den Punkt.

Theologische Herausforderung

Jüdisch-christliche Tradition kann dieser Selbstverabsolutierung nur widersprechen. Die Rede von Gott ist untrennbar mit der Leidensgeschichte der Menschen, mit ihrem Schrei nach Rettung und Befreiung verbunden. Die Rede von Gott steht für die Hoffnung auf Befreiung von Herrschaft und Unterdrückung. Solange diese Hoffnungen nicht erfüllt sind, bleibt die Geschichte offen – offen für Alternativen jenseits dessen, was ist. In den Prozessen, in denen das Kapital als

„alles bestimmende Wirklichkeit“ durchgesetzt wird, sehen wir einen Widerspruch zu unserem Glauben an die Herrschaft Gottes und der Hoffnung auf sein Reich.

Politische Herausforderung

Als politische Herausforderung erkennen wir:

1. Die Notwendigkeit, zum kapitalistischen Wirtschafts-, Lebens- und Gesellschaftsmodell „Nein“ zu sagen, weil es keine humanen und ökologischen Überlebensebenen bietet.

2. Die Notwendigkeit, dieses „Nein“ aktiv in den *processus confessionis* einzubringen.

3. Die Notwendigkeit, Alternativen jenseits des Kapitalismus zu suchen, angesichts der Tatsache, dass wir kein fertiges alternatives System aus der Tasche zaubern können. Wir müssen an neuen Denk- und Sichtweisen arbeiten, die sich am Leid orientieren lassen, das Menschen rund um den Globus angetan wird.

4. Alternative Richtungen, die der Logik des Kapitals widersprechen, suchen wir in folgenden Bereichen: a. Wir suchen Formen des Zusammenlebens, die allen Menschen Zugang zu den Gütern eröffnen, die sie zum Leben brauchen. Orientierungspunkte hierfür sind die Diskussionen um die Befreiung der Arbeit von ihrer Reduzierung auf Lohnarbeit, kooperative statt konkurrenzbestimmte Arbeitsformen, eine neue gesellschaftli-

che und internationale Arbeitsteilung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine bedingungslose Grundversorgung für alle. b. Wir suchen macht- und herrschaftsfreie Formen des Zusammenlebens, die allen Menschen ein Recht auf Anerkennung und Achtung garantieren und Ausgrenzung verhindern.

Perspektiven unserer Arbeit

Die Erarbeitung des Papiers „Das Ganze verändern“ in einem einjährigen Diskussionsprozess war eine Phase intensiver inhaltlicher Auseinandersetzung. Das Papier bringt das derzeitige inhaltliche Profil unseres Netzes zum Ausdruck. Es ist aber selbst kontextgebunden. Wir betrachten es als Ausgangspunkt unserer Bemühungen um Bündnisbildung und inhaltliche Weiterarbeit.

Bündnisbildung

Wer nicht bei der Analyse stehen bleiben will, muss sich um Bündnisse bemühen, die die Basis für Gegenmacht und Gegenentwürfe zum Bestehenden sind. Potenzielle BündnispartnerInnen sehen wir vor allem an der (ökumenischen wie gesellschaftlichen) Basis in Nord und Süd, denn vor allem dort erkennen wir Betroffenheit und Widerspruch.

Die Erarbeitung des Papiers hat zunächst die Kommunikation „nach innen“, das Bündnis unseres Netzes, gestärkt und die

inhaltliche Diskussion unter uns geschärft. Das Papier hat aber auch die Diskussion mit FreundInnen aus der Ökumene verstärkt. Es war z.B. ein wichtiger inhaltlicher Beitrag für die Kooperation der ökumenischen Netze und Basisgruppen im gesamten Rheinland (zu denen das Ökumenische Netz Mittelrhein, das Institut Südwind, Oicokredit, der Gemeindedienst für Mission und Ökumene der EkiR und die Solidarische Kirche im Rheinland gehören). Durch eine Übersetzung ins Englische glückte es, das Papier mit Partnerorganisationen aus den Philippinen und Serbien zu diskutieren. Durch die Neu-Initiierung eines Ökumenischen Netzes in Deutschland (ÖniD) im November 2005 bei einem Ratschlag in Kassel konnten wir das Papier auch in die Diskussion der bundesweiten ökumenischen Basisbewegung einbringen. Die inhaltlichen Grundlinien werden in die derzeitige Erarbeitung einer Plattform des ÖniD einfließen.

Parallel zu dieser Bündnisbildung an der Basis, die wir für zentral erachten, bemühen wir uns auch, unsere kapitalismuskritische Position in den Prozess der Evangelischen Kirche im Rheinland in Auseinandersetzung mit der Globalisierung einzubringen.

Inhaltliche Weiterarbeit

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers ist die inhaltli-

che Arbeit nicht zu Ende. Zur Zeit verfolgen wir verschiedene Einzelstränge:

1. Wir wollen die Thesen des Papiers an verschiedenen, zentralen Einzelaspekten durchbuchstabieren. Dies haben wir im Frühjahr 2006 zunächst in Kooperation mit der Katholischen Studierenden Jugend, der Kath. Arbeitnehmerbewegung und Pax Christi mit der Erklärung „Nein zur EU-Verfassung – Nein zum globalisierten Kapitalismus“⁵ begonnen. Es gibt Überlegungen, die Flüchtlingsproblematik als nächsten Schwerpunkt vor dem Hintergrund des Papiers „Das Ganze verändern“ zu thematisieren.

2. Parallel diskutieren wir im Rahmen des Koblenzer Sozialforums die Folgen von Hartz IV und die Möglichkeiten und Perspektiven eines bedingungslosen Grundeinkommens.⁶

3. Im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung tragen wir zur Analyse der Auswirkungen der Liberalisierung auf die ArbeiterInnen in Süd und Nord bei. Überflüssig werden oder Arbeit um jeden Preis – das sind die „Alternativen“, vor die die Globalisierung des Kapitalismus die Menschen weltweit stellt. Gegenbewegungen und -entwürfe sowie Proteste bekannt zu machen und zu unterstützen, ist Teil dieses Schwerpunktes.

4. Der AK Theologie und Politik des Netzes diskutiert zur Zeit den Begriff des „Imperiums“, der

von den sozialen Bewegungen des Südens als analytisches, herrschaftskritisches Instrumentarium in die Diskussion gebracht wird, aus den Reihen der nördlichen Kirchen aber auf enormen Widerstand stößt. Wir wollen uns mit seiner analytischen wie politisch-strategischen Aussagekraft befassen.

Einsatz für Veränderungen in Richtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die jetzt schon möglich sind, aber auch die Arbeit an einer Welt „jenseits“ der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals – diese zwei Elemente kennzeichnen unsere Arbeit auch in Zukunft.

- 1 Vgl. Herbert Böttcher, *Katholische Bischöfe auf Reformkurs. „Das Soziale“ wird neu gedacht, und der neoliberale Kapitalismus erhält den Segen. Ein Kirchenpapier mit gewünschter Eindeutigkeit*, in: *Netz Telegramm*, Februar 2004, S. 5f. (www.oekumenisches-netz.de)
- 2 *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9)*, S. 45
- 3 *Das „Ganze“ verändern! Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus. Positionspapier des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar, verabschiedet durch die Netzversammlung am 9.7.05, Koblenz* (web: www.oekumenisches-netz.de)
- 4 Vgl. zur Entfaltung dieses Begriffs: Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin 1995
- 5 s. www.oekumenisches-netz.de
- 6 s. www.sozialforum-koblenz.de

Tauschringe – Idee und Wirklichkeit

Von Gerd Büntzly

1. Nachbarschaftshilfe

Tauschringe (TR) sind eine Form der Nachbarschaftshilfe. Weitergehend als bei der Nachbarschaftshilfe üblich, haben sie aber auch den Anspruch, eine Art Wirtschaftsgemeinschaft zu sein. Aus diesem Grunde verrechnen sie nach eigenen Maßstäben die gegebene Leistung. Oftmals, aber nicht immer, geschieht das nach dem Maßstab der Zeit: Stellt du mir eine Stunde deiner Zeit zur Verfügung, gebe ich irgende-

mandem aus der Gruppe eine Stunde von meiner. Dieser Ansatz hat etwas Egalitäres: Der Unterschied zwischen höher und niedriger qualifizierten Arbeiten wird aufgehoben. In der Tat kann man nicht einsehen, warum es weniger wertvoll sein soll zu putzen als z. B. ein Auto zu reparieren oder Musikunterricht zu erteilen: alle diese Tätigkeiten sind für unsere Lebensqualität gleich notwendig.

Es gibt mehrere Hundert TR in Deutschland, die natürlich mehr oder weniger gut funktionieren.



© Mirek Hępmicki – FOTOLIA

In Berlin gibt es mehrere Dutzend davon, in München dagegen nur einen einzigen, aber mit über tausend Mitgliedern. (Adressen siehe Internet). Die Idee ist, dass man möglichst kurze Wege haben will; oftmals führen aber auch interne Streitigkeiten zur Gründung einer neuen Initiative. TR gibt es inzwischen fast überall auf dem Globus. Es ist wie die Ausbreitung einer neuen Idee, die niemand mehr stoppen kann, sobald für sie die Zeit gekommen ist. Auf der anderen Seite gibt es viele TR, deren Wirtschaftskraft auf Bagatellenebene bleibt und daher z. B. auch das Finanz- oder Sozialamt nicht im mindesten interessiert.¹

2. Eine neue Art von Geld?

Die Gewohnheit der TR, für die geleistete Arbeit eine Art von Scheck auszustellen, hat zu dem Gedanken geführt, dass die TR eine neue Art von Geld schaffen, „Zeitgeld“. In der Tat sprechen einige Initiativen in Kanada von „time dollars“. Es gibt schon Doktorarbeiten über diese neue Art des Wirtschaftens². In vielen Ländern haben in der Vergangenheit Menschen aus der Not heraus neues, eigenes Geld geschaffen, was zu neuen Theorien über das Geld geführt hat. Nun kann man von Geld im engeren Sinne eigentlich nur reden, wenn die Wertmarken frei innerhalb der Gemeinschaft kursieren, wie etwa die „Creditos“ in Argentinien. Das ist bei TR aber nicht

der Fall. Die Abrechnung für jeden Tauschakt wird auf direktem Wege der Buchungszentrale zugeleitet, die für den einen Partner ein Plus, für den anderen ein Minus in genau derselben Höhe in die Datenbank eingibt. (Die Summe aller Tauschaktivitäten muss nach dem Ende der Abrechnungen Null betragen). Trotzdem ist hier etwas Neues entstanden: die entstandenen Werte werden nämlich von der Gemeinschaft garantiert, nicht etwa von einer Behörde.

Im Augenblick wird unter den TR besonders intensiv über die Einführung von „Regiogeld“ diskutiert, eine Währung, die an das offizielle Staatsgeld gebunden ist, aber nur in einer bestimmten Region gelten soll, um die Wirtschaftskraft am Ort zu halten. Einige TR-Vertreter – nicht alle! – sind von der „Freigeld-Lehre“ fasziniert, die auf den Ökonomen Silvio Gesell zurückgeht. Das ist aber eine andere Diskussion, die ich hier nicht unbedingt führen will.³

Denn wenn wir uns fragen, was Geld eigentlich ist, so geraten wir bald in einen uferlosen Streit. Ich denke, der hängt mit dem zusammen, was Marx den „Fetischismus des Geldes“ genannt hat. Geld repräsentiert immer nur den Wert von Waren oder Dienstleistungen, wird aber genau darum sehr schnell zum Symbol für gesellschaftliche Anerkennung, Reichtum und Macht. Aufgrund seiner Ab-

straktheit gerät immer wieder völlig aus dem Blick, dass es eigentlich nichts sein sollte als ein allgemeiner Maßstab für ansonsten unvergleichliche Dinge.

Oder ist das vielleicht auch schon wieder zu einfach gedacht? Ist der Unterschied zwischen Gebrauchswert und Tauschwert – das eine nur Qualität, das andere nur Quantität – vielleicht gar nicht aufrecht zu erhalten? Auf jeden Fall müssen wir immer im Auge behalten, dass in unser Geld Machtverhältnisse eingehen. Nicht ohne Grund wacht der Staat eifersüchtig darauf, das Geldmonopol zu behalten. Einerseits, könnte man sagen, ist der Staat Garant für den Wert des Geldes. Das kann nur eine mächtige Autorität. Andererseits stellt sich die Frage nach der Legitimation solcher Autorität. Und die beruht geschichtlich nachweisbar nun mal auf Gewalt und Raub. Klar ist das Geld des Staates nun sicher – aber nur weil mit ihm die Macht des unrecht erworbenen Gutes gefestigt wird. Schon Jesus spielte genau auf diese Verhältnisse an, als er – äußerst sarkastisch – äußerte: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“, nicht ohne vorher rhetorisch und genau so sarkastisch gefragt zu haben: „Wessen Bild und Umschrift ist denn da auf der Münze?“

3. Kritik am TR-Gedanken

Dass die Art des Wirtschaftens im Tauschring so neu ist, wird

von einigen Kritikern bestritten. Sie bemängeln, dass auch die TR dem Gedanken des Tauscherts anhängen und somit die gegenseitige Hilfe einem Nützlichkeitsdenken unterwerfen. „Will oder kann niemand ihre Produkte mit mir tauschen, erwerbe ich auch keine Verrechnungseinheiten, also Tauschkreiswährung, und kann demzufolge auch nicht eintauschen, was ich gerne hätte oder dringend bräuchte“, argumentieren Andreas Exner und Stephanie Grohmann.⁴

Uli Frank aus Sprockhövel hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Gedanke der Verrechenbarkeit von Leistungen inzwischen so tief in unser tägliches Verhalten eingegangen ist, dass wir uns etwas anderes kaum mehr vorstellen können. Der Kapitalismus ist dabei, immer neue Dinge und Lebensbereiche in Waren zu verwandeln, und dieser Vorgang wird oft und in düsteren Farben dargestellt. Allerdings ist das nur die eine Hälfte der Wahrheit: Auch die sogenannten „freien Güter“, d. h. Güter, die geldlos genutzt werden können, haben zugenommen. Man denke nur an die Informationen aus dem Internet, die frei zur Verfügung stehen, geschaffen aus der Begeisterung einiger Technofreaks für dieses Medium. Nicht umsonst verzweifelt die Musik- und seit neuestem auch die Filmindustrie daran, dass sie die Gewinnerwartungen für ihre Produkte radikal zurückschrau-

ben muss. Uli Frank verweist auch noch auf ein anderes Phänomen unserer Zeit, das ihm Hoffnung gibt: die Erfahrung bei den sogenannten „All inclusive“-Reisen. Dort wird im Rahmen des vorher Bezahlten ein geldfreier Raum geschaffen, in dem jede und jeder sich nach eigenem Gutdünken bedienen kann. Die Erfahrung der Veranstalter mit diesem Raum sind positiv: sie bemerken, dass die Leute keineswegs gierig alles wegfressen, was da ist, sondern im Vertrauen auf die Vorsorge des Veranstalters Mäßigung walten lassen.⁵

Eine positive neue Erfahrung kann uns auch der Kontakt zu unseren türkischen oder kurdischen Mitbürgern vermitteln. Ihre Kultur beruht auf dem Prinzip des Schenkens. Natürlich sind wir in Gefahr diese Gesten der Großzügigkeit allzu schnell nach unseren Maßstäben der Verrechnbarkeit zu interpretieren und zu sagen: Ach, das ist ja dasselbe wie bei uns: der schenkt mir was, also erwartet er ein Gegengeschenk. Klar erwartet er das irgendwie, aber der Unterschied scheint mir zunächst einmal in der Blickrichtung zu liegen: Wer einem anderen etwas schenkt, stellt die persönliche Beziehung in den Vordergrund, während unsere Handelsbeziehungen inzwischen vollständig anonymisiert ablaufen. Nebenher: wenn die Kassiererin im Supermarkt inzwischen die Anweisung befolgt, jeden Kunden ganz

individuell zu begrüßen, beweist sie, dass offenbar auch bei uns Handelsbeziehungen nicht ohne persönlichen Kontakt möglich sind. Klar wird auch dieses Verhalten von uns schnell, vielleicht allzu schnell als Werbestrategie eingestuft – „man merkt die Absicht und ist verstimmt“ – aber wie wäre es, wenn wir es einmal aufgriffen und wirklich Herzlichkeit im Supermarkt verbreiteten?

TR sind bisher oftmals eine Art von Spielwiese von Intellektuellen, die dabei an Arbeitslose denken; die aber können in ihrer übergroßen Mehrheit mit dem Gedanken geldlosen Wirtschaftens offenbar überhaupt nichts anfangen.⁶ Wir sollten aber auf jeden Fall festhalten, dass die persönlichen Beziehungen entscheidend sind: Erst wenn ich jemanden im Tauschring kenne, bekomme ich Ideen, was ich anbieten könnte, wie ich dem oder der anderen helfen könnte.

Nehmen wir die Arbeitslosen: sie sind auf einer Ebene des Wirtschaftens angekommen, die zum Leben im Grunde nicht mehr ausreicht. Schlimmer: ihnen wird im Grunde das Existenzrecht abgesprochen. Sie begegnen einer Bürokratie, die sie immer mehr als lästige Nichtsteuer begreift und dazu eingerichtet wird, sie zu quälen, zu „beschäftigen“, sie statistisch und schließlich auch real zum Verschwinden zu bringen. Selbsthilfe, gegenseitige Hilfe ist da wichtig.

4. Subsistenzwirtschaft

Ich finde es unsinnig, die Idee des Marktes grundsätzlich zu verteufeln, wie das gelegentlich in der linken Kritik geschieht⁷. Märkte hat es immer und in allen Kulturen gegeben, und sie sind absolut notwendig. Es ist allerdings richtig, dass man ihnen nicht die absolute Macht über unser Leben einräumen sollte! Märkte dürfen immer nur ein Teil des Lebens sein. Das Elend des Kapitalismus ist ja dieser alles verschlingende Zwang zum Größer, Besser, Weiter. Am Ende entstehen Monopole, die alles an sich reißen. Die Spielregeln werden immer zu ihren Gunsten ausgedehnt, etwa durch die Möglichkeit der „feindlichen Übernahme“. Das führt zu dem bekannten Phänomen, dass unsere Gesellschaft produziert und produziert: aber was produziert wird, ist weitgehend Müll. Notwendige Dinge, die wir wirklich für unser Leben brauchen und die uns das Leben angenehm machen, lassen sich mit einem Bruchteil des Energieaufwandes herstellen, den wir heute einsetzen.

Damit komme ich zu einem Begriff, der von Wissenschaftlerinnen aus Bielefeld vertreten wird: „Subsistenz“. Veronika Bennholdt Tomsen hat in ihrem Buch „Juchitán – Stadt der Frauen“ (Reinbeck 1994) ein Gemeinwesen an der Pazifikküste Mexikos beschrieben, das sich bisher erfolgreich gegen die Globalisie-

rung gewehrt hat. In dieser Stadt werden Werte allenfalls durch große Feste vernichtet, die von denen ausgerichtet werden, die am meisten verdienen. Das vermeidet ein allzu großes Gefälle zwischen Arm und Reich. Wir kennen es ja auch aus unserer Gesellschaft, dass Werte vernichtet werden: aber meist tut das die Rüstungsindustrie, indem sie Zerstörungswaffen produziert.

Unsere Wirtschaft muss und darf also schrumpfen. Das heißt nicht, dass ich dafür plädiere, „den Gürtel enger zu schnallen.“ Darum geht es gar nicht. Die Frage ist, allgemein und kollektiv, was wir wirklich brauchen und was nicht. Na klar, damit löse ich nicht das Problem, das Frau Schulze hat, weil der Bus zu ihrer Arbeitsstelle, die Zuschüsse für die Kinderbetreuung gestrichen werden. Es muss immer beides geben: Kampf um gesellschaftliche Mittel, die gegenwärtig von den öffentlichen Institutionen verwaltet werden, und Selbsthilfe.

5. Genossenschaften

In diesem Zusammenhang komme ich auf ein Konzept, das z.B. von Wolfgang Fabricius vertreten wird: die Idee der Genossenschaften⁸. Wirtschaftsgenossenschaften gibt es schon seit dem Anfang des 19. Jh., und sie waren sehr erfolgreich, sie wurden zu bedeutenden volkswirtschaftlichen Faktoren: als landwirtschaftliche Selbsthilfe (Raiff-



*Gerd Büntzly, M.A.,
Jahrgang 1949. Philosoph,
Theologe,
Sprachwissenschaftler,
Musiklehrer*

Foto: Olaf Schwabe

eisen), als Wohngenossenschaft, als Konsumgenossenschaft, als Alternativbank. Sie haben wenig Theorie betrieben, sie haben Mitglieder gewonnen und Geld gesammelt. Kurios ist, dass sowohl die Sozialdemokraten wie die Kommunisten diese Formen der Selbsthilfe nie unterstützt, sondern im Gegenteil häufig verteuert haben, wahrscheinlich weil sie nicht in ihre Theorien passten. (Anders dagegen der Religiöse Sozialismus, Leonhard Ragaz : „Sozialismus ist Genossenschaft“. Sein Modell der „Wirtschaftsräte“ fordert die „vollendete wirtschaftliche Demokratie“, Ein sozialistisches Programm 1919, vgl. auch CuS 1/1996, R.G.) Viele dieser Unternehmungen sind inzwischen längst in den allgemeinen kapitalistischen Rahmen eingepasst und zu gewöhnlichen Konzernen geworden (Edeka, Coop, etc.). Trotzdem spricht nichts dagegen, immer wieder neue zu gründen.

6. Tauschringe überregional – international

Die bundesdeutschen TR treffen sich seit etwa 12 Jahren im jährlichen Abstand, abwechselnd im Norden und im Süden Deutschlands. In diesem Jahr ist der Süden dran, also muss man nach Wangen im Allgäu reisen, um beim Treffen dabei zu sein. Die Diskussionen ranken sich dabei um

- Erfahrungsaustausch

- Tauschring-Theorie
- Überregionale Vernetzung und Interessenvertretung
- Internationale Initiativen wie TR in anderen Ländern, Europäische Sozialforen etc.

Diese Treffen sind immer höchst kreativ und anregend. Wer immer vorhat, in seiner Gegend das Experiment eines Tauschrings zu wagen, sollte sich bei einem benachbarten Tauschring und den überregionalen Tauschringtreffen inspirieren lassen.

- 1 *Ein übliches Instrument der Wirtschaft sind die sog. Barter-Ringe, bei denen in großem Maßstab Waren getauscht werden. Ihr Wert wird in der Landeswährung verrechnet und auch versteuert. Konflikte von TR mit Sozial- oder Arbeitsämtern sind bisher in dem Sinne gelöst, dass festgelegt wurde: bis zu 20 Stunden pro Woche Arbeit für den Tauschring berührt Sozialleistungen nicht.*
- 2 *Beispielsweise die Arbeit von Pantaleo Rizzo: L'économie sociale et solidaire face aux expérimentations monétaires. Rizzos Arbeiten sind z. T. im Internet zu finden.*
- 3 *Vgl. die Zeitschrift „Humanwirtschaft“, die, wie auch Wolfgang Fabricius, die Krise unserer Wirtschaft auf den Zins zurückführt, und diesen abschaffen oder umkehren will.*
- 4 *Bye bye Zinskritik ... Über die Grenzen der Tauschkreise und den Unsinn der Freiwirtschaft. In: Streifzüge, Nr. 33, März 2005, S. 37.*
- 5 *Vgl. die Seiten von Uli Frank im Internet: Uli.frank.info.*
- 6 *Meine französischen Freunde haben mir bestätigt, dass das in Frankreich besonders stark der Fall ist.*
- 7 *vgl. etwa die Zeitschrift „Streifzüge“, eine österreichische Stimme (www.streifzuege.org).*
- 8 *Von der neoliberalen zur solidarischen Ökonomie. Braucht der solidarische Produzent den solidarischen Konsumenten? Aktuellste Version: www.Gesundheitsladen-Berlin.de/Solidarwirtschaft.pdf.*

Der Nahe Osten im Sommer 2006

Von Clemens Ronnefeldt

Meine Erfahrungen in Israel und Palästina, auch in Iran, Syrien und im Libanon, liegen noch nicht so lange zurück – die Bilder meiner Besuche in den letzten Jahren im Rahmen internationaler Friedensdelegationen sind mir hellwach in Erinnerung. Meine Gedanken gehen immer wieder zu Menschen, die beim Schreiben dieser Zeilen unter Bomben- und Raketenhageln stehen – auf beiden Seiten des Konfliktes.

Im Oktober 2004 staunte ich über das aus Ruinen wieder aufgebaute Beirut, das in einzelnen Stadtteilen noch die Narben des Bürgerkrieges von 1975 bis 1990 trug. Möglich geworden war dieser Wiederaufbau durch den in Saudi-Arabien zum Dollarmilliardär gewordenen Staatschef Rafik Hariri, der 2005 ermordet wurde. Ein riesiger Schuttberg nahe des Hafens war aus den Aufräumarbeiten der völlig zerstörten libanesischen Hauptstadt entstanden – er dürfte bald noch größer werden.

In der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinde in Beirut berichtete uns das Ehepaar Weltzien, wie in Gesprächskreisen zuweilen Frauen zusammen sitzen, deren Männer und Väter im Bürgerkrieg gegenein-

ander gekämpft hatten. Zarte Pflänzchen der Aussöhnung, die nun wieder zertrampelt werden.

Der Kontrast zwischen den Luxusapartements an der Küstenstraße Beiruts und dem nur wenige Geh-Minuten entfernten palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila kam mir vor wie der direkte Zusammenprall zwischen erster und dritter Welt. Das Massaker von 1982 an mehreren Hundert Palästinensern, verübt von christlichen Milizen unter den Augen des immer noch im Koma liegenden damaligen Verteidigungsministers Ariel Scharon, war in Gesprächen im Lager in traumatischer Erinnerung.

Von rund 400 000 palästinensischen Flüchtlingen im Libanon lebt noch immer die Hälfte in Flüchtlingslagern unter elendigsten Bedingungen. Als Staatenlose dürfen sie nicht reisen, erhalten keine Arbeitserlaubnis, dürfen kein Eigentum erwerben, sind von Wahlen ausgeschlossen – und fühlen sich seit 1948 als „aliens“, die auf die Erde geworfen wurden.

Die Fahrt in die südlibanesischen Sicherheitszone war beklemmend – überall zeugten Spuren des Krieges von heftigen Kämpfen. In den Straßen dominierten Plakate der Hisbollah, Porträts des ermordeten Hamasführers Yassin und von Selbst-



© www.photocase.de

mordattentätern, die mit Sprengstoff beladene PKW in israelische Besatzungsposten gefahren hatten.

Unmittelbar an der Grenze zwischen Israel und Libanon warf ein Libanese eine Ratte, die er zuvor erschlagen hatte, über den Grenzzaun auf die israelische Seite. UN-Soldaten versicherten uns, die Lage sei ruhig, lediglich um die nahe gelegenen Sheba-Farmen gebe es noch hin und wieder Scharmützel. Deren israelische Besetzung lieferte der Hisbollah ihre letzte militärische Existenzberechtigung.

Von der Grenze aus erscheint der Libanon und Israel als zwei total gegensätzliche Landschaften: Steine, Staub und Armut auf libanesischer, grüne Wälder, Gärten und schmucke Häuser mit roten Ziegeldächern auf israelischer Seite.

Ich besuchte auch das Internierungslager El Khiam, das mit Wissen der israelischen Regierung von der südlibanesischen Armee bis zum Jahre 2000 als Folter-Gefängnis betrieben wurde, um von Palästinensern und Mitgliedern der Hisbollah Informationen zu erpressen.

Als die israelischen Soldaten und die von Israel bezahlte Südlibanesisch-Armee im Jahre 2000 wegen ihres hohen Blutzolles das Land verließen, hatten sie die letzten Gefangenen in ihren Kerkern eingesperrt gelassen – sie wurden schließlich von Bewohnern umliegender Dörfer befreit.

Viele Menschen im Libanon hofften, dass „die Ereignisse“ von 1975 bis 1990 – das Wort „Bürgerkrieg“ ist im Libanon ein Tabu – niemals wiederkehren würden.

Und jetzt? Die Retraumatisierungen der letzten Wochen werden noch Jahrzehnte ihre Spuren in den Seelen der Menschen im Libanon hinterlassen, wenn der Schutt aus den Straßen längst weggeräumt sein wird – ähnlich wie im israelischen Grenzgebiet, in Haifa oder in Gaza.

Dass die Militäraktionen im Gazastreifen und im Libanon gestartet wurden, um die gefangen genommenen israelischen Soldaten zu befreien, entbehrt als Argumentation vieler Grundlagen.

Bei beiden Invasionen handelt es sich um lange vorbereitete Aktionen, die auch ohne diese „Auslöser“ gestartet worden wären. Die Wahl der Hamas und der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium waren für die israelische Regierung wohl Gründe genug für den Krieg.

Erschwerend kam hinzu, dass das Militär in Israel die beiden als militärisch unerfahren geltenden Politiker Olmert und Peretz, derzeit Verteidigungsminister, mehr oder weniger entmachtet – und nach den demütigenden Soldaten-Entführungen die Generäle nun selbst das Heft in die Hand genommen haben. Als starker Mann gilt nun der israelische Generalstabschef Dan Ha-

lutz, der erklärte: „Wir können die Zeit um zwanzig Jahre zurückdrehen.“ Als bei der Ermordung des Hamas-Führers Salah Schahade durch eine 1000-Kilobombe im Jahre 2002 auch 14 palästinensische Zivilisten, darunter 11 Kinder, getötet wurden, erklärte Halutz: „er fühle sich nach dem Angriff „ausgezeichnet“ und könne „ohne Probleme schlafen“. Auf die Frage, was er fühle, wenn er einen tonnen-schweren Sprengsatz über bewohntem Gebiet abwerfe, antwortete er der Zeitung Haaretz: „Einen kleinen Ruck, als Ergebnis der Loslösung der Bombe, sonst fühlt man nichts“ (alle Zitate nach Südd. Zeitung, 15./16.7.06).

Es scheint diese Gefühllosigkeit auf beiden Seiten zu sein, die die Hamas-Kämpfer weiter Raketen auf israelische Dörfer und Städte schießen lässt und dabei willkürlich den Tod israelischer Zivilisten in Kauf nimmt und die israelische Luftwaffe sogar völkerrechtlich verbotene Waffen wie Phosphorbomben einsetzen lässt. Auf seiner 9-stufigen Konflikt-Eskalationsleiter bezeichnet der Friedensforscher Friedrich Glasl die letzte Stufe als „Gemeinsam in den Abgrund – kein Weg mehr zurück – totale Konfrontation – Vernichtung zum Preis der Selbstvernichtung“. Im Nahost-Konflikt scheinen beide Seiten derzeit nicht mehr weit davon entfernt zu sein. Warum lassen die UN, die EU oder die

US-Regierung, die starken Einfluss vor allem auf Israel haben, der Katastrophe ihren Lauf?

Was ist jetzt zu tun?

Der israelische Schriftsteller Amos Oz stellte einmal die rhetorische Frage, was ein gewöhnlicher Mensch tun könne, der vor einer gewaltigen Feuerkatastrophe steht – und gab selbst die Antwort: Dieser Mensch könne jammern, klagen, wegschauen, die Schuld auf andere schieben – oder auch den Teelöffel Wasser, den er in der Hand hält, immer wieder mit Wasser füllen und gegen die Flammen werfen.

Dass der Nahe Osten „brennt“ und die Gefahr eines „Flächenbrandes“ in der ganzen Region droht, bezweifelt derzeit kaum jemand, der die Ereignisse verfolgt. Doch wo bleiben die „Feuerlöcher“ – und seien es auch „nur“ solche, die ihren „Teelöffel“ einsetzen?

Es gibt sie – auch in den offiziellen Kirchen

Am 13. Juli 2006 bezogen in einer gemeinsamen Erklärung mehrere Vertreter der Kirchen in Jerusalem, darunter auch der Lateinische Patriarch Erzbischof Michel Sabbah, der auch weltweiter Präsident der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi ist, zur dramatischen Zuspitzung der Lage in Israel/Palästina Stellung.

Sie erteilten jeglicher Gewalt eine klare Absage und unterstri-

chen, dass sie den Kampf gegen den Terrorismus voll unterstützen. Ebenso vehement erinnern sie allerdings daran, „dass dieser Kampf mit der Beseitigung der Wurzel aller Gewalt beginnen muss, mit der Beseitigung der Unfreiheit der Palästinenser“.

Das Leben des Menschen und seine Würde gelte es zu achten, forderten neben den bereits genannten Hirten auch Vertreter der koptisch-orthodoxen Kirche, der syrisch-orthodoxen Kirche, der griechisch-katholischen Kirche und der armenisch-apostolischen Kirche.

Während sie die Verantwortlichen dazu aufriefen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, appellierten sie an die internationale Gemeinschaft, aktiv einzugreifen und eine diplomatische Lösung herbeizuführen.

Die Reaktion der israelischen Führung auf die Entführung eines israelischen Soldaten sowie die Ermordung eines israelischen Zivilisten, die die Kirchenvertreter ebenfalls verurteilten, wurde als „überproportional und unberechtigt“ kritisiert.

Die gemeinsame Erklärung wurde noch vor dem Einmarsch der israelischen Bodentruppen in den Libanon veröffentlicht.

In Rom gab Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano einen Tag später, am 14. Juli 2006, gegenüber „Radio Vatikan“ folgende Erklärung ab:

„Die Nachrichten aus dem Nahen Osten sind in der Tat besorgniserregend.

Der Heilige Vater Benedikt XVI. und alle seine Mitarbeiter verfolgen mit besonderer Aufmerksamkeit die letzten dramatischen Entwicklungen. Sie drohen, in einen Konflikt auszuarten, der internationale Auswirkungen hat.

Wie bereits in der Vergangenheit verurteilt der Heilige Stuhl sowohl die Terrorakte der einen als auch die militärischen Vergeltungsmaßnahmen der anderen Seite. Das Recht auf Verteidigung seitens eines Staates befreit in der Tat nicht vor der Achtung der Bestimmungen des internationalen Rechts, vor allem, was den Schutz der Zivilbevölkerung betrifft.

Der Heilige Stuhl beklagt jetzt insbesondere den Angriff auf den Libanon, eine freie und souveräne Nation, und er versichert der dortigen Bevölkerung, die bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit schon so sehr leiden musste, seine Nähe.

Einmal mehr scheint es klar zu sein, dass der einzige, unserer Zivilisation würdige Weg jener des aufrichtigen Dialogs zwischen den involvierten Parteien ist.“

In Deutschland kritisierte am 15. Juli 2006 der Stv. Vors. der SPD-Fraktion Walter Kolbow das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen als völkerrechtswidrige Handlung. Er betonte, dass Entführte grund-



*Clemens Ronnefeld,
Jahrgang 1960,
Diplom-Theologe,
vielfach engagiert in
der Friedensbewegung,
Nah-Ost-
Experte, Referent
beim Internationalen
Versöhnungsbund*

Foto: privat

sätzlich mit militärischen Mitteln befreit werden können, „aber wenn das zu solchen Schäden für die Zivilbevölkerung führt und Infrastruktur trifft, die militärisch gar nicht relevant ist, ist das völkerrechtlich nicht nur problematisch, sondern völkerrechtswidrig. Was hat ein Außenministerium in Gaza oder ein Elektrizitätswerk mit dem Abschneiden von Nachschubwegen zu tun?“ gab Kolbow zu bedenken.

Kolbow sprach sich insbesondere für „erhöhte Anstrengungen“ aus, um die Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu lindern. „Die Lage war auch vor den Militäraktionen schlecht. Nun sind für die 1,3 Millionen Palästinenser die Bedingungen noch komplizierter geworden“. Die von der EU zur Verfügung gestellten Hilfsgelder müssten zügig den Bedürftigen zugute kommen. Es müsse ein „Umsetzungsplan her, um die Verteilung so zu regeln, dass die Hilfe auch ankommt“. Wichtig sei, die Grenzübergänge für solche Lieferungen zu öffnen.

Um „die Kriegsgefahr einzudämmen, muss die Politik aus der Sackgasse heraus, in die sie geraten ist“, so Kolbow. Nur durch einen bilateralen Verzicht auf Gewalt sei der Konflikt zu lösen, zudem müssten den ersten Schritt beide Seiten gemeinsam gehen, indem sie einen Waffenstillstand akzeptieren: Jedoch seien „Vorbedingungen für einen Waffenstillstand unverträglich,

denn so kommt er nicht zustande“, appellierte Kolbow an beide Parteien.

Inbesondere sprach sich der Stv. Vors. der SPD-Fraktion für ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft und auch des Nahost-Quartetts aus: „Das Nahost-Quartett muss wieder eine aktivere Rolle spielen“, so Kolbow, der frisch von einer viertägigen Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete zurückgekehrt war.

Das Nahostquartett – bestehend aus den USA, der EU, den UN und Russland – gab sich dissonant: Die USA beschuldigten wie gewohnt einseitig die Hizbollah und die palästinensische Seite, Russland kritisierte hauptsächlich die israelischen Gewaltexzesse.

Von der Bundesregierung wäre nun zu fordern, dass sie nicht zur militärischen Aufrüstung dieses Spannungsgebiets beiträgt, indem sie Waffen nach Israel liefert, während sie auf der anderen Seite von einem demilitarisierten Palästinenserstaat ausgeht. Die vor kurzem angekündigte Lieferung des gepanzerten Dingo-Truppentransportfahrzeuges nach Israel und die Lieferung von U-Booten, die in Israel atomwaffentauglich umgebaut werden, gießen Öl ins Feuer des brennenden Nahost-Konfliktes. Es wäre ein Sieg der Vernunft, beides noch zu verhindern.

Von dem, was vor dem UN-Teilungsbeschluss 1947 einmal

100 Prozent Palästina war, bleibt den Palästinensern derzeit durch den Mauer-, Grenzzaun- und Siedlungsbau noch rund 10 Prozent – verschärft durch die Perspektivlosigkeit von rund vier Millionen palästinensischen Flüchtlingen.

Der Historiker Yair Bäuml, Bürgermeister des Kibbuzes Saar an der Grenze zum Libanon, der von der Hisbollah mit Raketen beschossen wurde, antwortete auf die Frage „Wie fällt Ihre Analyse des Zwei-Fronten-Konfliktes aus?“ folgendermaßen: „Der Hauptkonflikt ist, dass Israel palästinensische Gebiete besetzt hält“ (Südd. Zeitung, 17.7.2006).

Zurück zur „Genfer Initiative“

Der bisher wichtigste Versuch, den Konflikt dauerhaft zu lösen, war die am 1. Dezember 2003 von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten unterzeichnete „Genfer Initiative“. Mehr als zwei Jahre hatte es gedauert, bis ein Entwurf vorgelegt werden konnte, der dem Frieden zwischen beiden Völkern den Weg ebnet soll.

In der Präambel dieses Vertragswerkes heißt es:

„In erneuter Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts zu beenden und auf der Basis eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens in friedlicher Koexistenz, gegenseitiger Würde und Sicherheit zu leben

und eine historische Versöhnung zu erreichen:

In Anerkennung der Tatsache, dass Frieden den Übergang von der Logik des Krieges und der Konfrontation zur Logik des Friedens und der Kooperation erfordert, und dass Handlungen und Worte, die für den Kriegszustand charakteristisch sind, in einer Epoche des Friedens weder angebracht noch akzeptabel sind; in Bekräftigung ihrer tiefen Überzeugung, dass die Logik des Friedens Kompromisse erfordert, und dass die einzige lebensfähige Lösung eine Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 ist;

in Bekräftigung der Tatsache, dass dieses Abkommen die Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit markiert, unbeschadet der gleichen Rechte der Staatsangehörigen beider Parteien;

in Anerkennung der Tatsache, dass nach jahrelangem Leben in beiderseitiger Angst und Unsicherheit beide Völker eine Epoche des Friedens, der Sicherheit und Stabilität brauchen und die Parteien folglich alle erforderlichen Handlungen setzen müssen, um die Verwirklichung dieser Epoche zu gewährleisten;

in gegenseitiger Anerkennung des Rechts auf friedliche und sichere Existenz in sicheren und

anerkannten Grenzen, frei von Bedrohungen oder Gewaltakten; entschlossen, Beziehungen aufzunehmen auf der Basis von Kooperation und der Verpflichtung, Seite an Seite in guter Nachbarschaft zu leben, mit dem Ziel, sowohl jeder für sich als auch gemeinsam zum Wohlergehen ihrer Völker beizutragen;

in erneuter Bekräftigung ihrer Verpflichtung, sich in Einklang mit den Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen zu verhalten; (..) sind wie folgt übereingekommen.“ Es folgen – zum ersten Mal überhaupt – realistische dauerhafte Regelungen, die alle strittigen Fragen des Nahostkonfliktes lösen könnten.

Auf die Frage, warum Ariel Scharon sich zum Gaza-Rückzug

entschlossen hatte, antwortete er im April 2004 in einem Interview der New York Times, dass der Grund dafür in der breiten Unterstützung liege, welche die Genfer Initiative erhalte, so dass er das Gefühl gehabt habe, einen eigenen Plan vorzulegen.

Wenn der derzeitige Konflikt nicht weiter eskalieren und auf Syrien und Iran sich ausweiten soll, tun nach einem zunächst notwendigen Waffenstillstand – womöglich verbunden mit der Stationierung von neutralen UN-Blauhelmen – alle Seiten gut daran, sich noch einmal daran zu erinnern, was bereits in der Genfer Initiative erreicht worden war – so schwer und unerreichbar der Weg dahin zurück derzeit auch erscheinen mag.

ILRS

Konferenz „Soziale Globalisierung“

Von Reinhard Gaede (Text und Fotos)

Vom 30.6 bis 1.7.2006 tagte die International League of Religious Socialists (ILRS) in Oslo. Den BRSD vertraten Michael Bschorr und ich.

Alle drei Jahre werden wir eingeladen. Noch ist die Erinnerung frisch an die Konferenz der ILRS in Luzern/ Schweiz, 15.-17.8. 2003 zum Thema „Wer ist unser Gott?“ Urs Eigenmanns Haupt-

referat „Gesellschaftsvertrag und Reich Gottes“ haben die Schweizer ReSos dokumentiert (www.resos.ch, Archiv; Neue Wege 9/2003). Mit Hilfe unserer Zeitschrift kommen auch die Erinnerungen wieder an die Konferenz in Budapest, 13.–15.10.2000, die Darius Dunker und ich in Bild und Wort dokumentiert haben (CuS 4/2000, S. 25-31).

In diesem Jahr bestiegen Michael und ich bei schönem Wet-



© www.pixelpresse.de

ter das Flugzeug auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn und kamen bei Sonnenschein auf dem Flughafen Oslo-Torp an. Busse brachten uns in zwei Stunden Fahrt dann zur Zentralstation in die City, von dort nach Sömarka, dem Bildungszentrum der Gewerkschaft in Siggerud, schön gelegen an Wiesen, Wald und See.

Beim Abendessen sahen wir uns wieder oder lernten uns kennen. 31 Delegierte aus 13 nationalen Organisationen trafen ein, dazu 6 Gäste. Der seit 1910 Kongresse haltende Bund war lange Zeit eine westeuropäische Organisation. Auch diesmal kamen die Delegierten aus Österreich, Deutschland, Niederlande, Schweden, Finnland, Norwegen, Großbritannien, zum zweiten Mal aber auch aus Ungarn und Italien, zum dritten Mal aus Spanien. Der Zuzug aus Ländern Osteuropas seit 2000 hatte sich aber nicht fortgesetzt. Wieder vertreten waren USA, Dominikanische Republik und Südafrika. Wegen ihrer 100-Jahr-Feier fehlten Delegierte aus der Schweiz. Gäste kamen aus den Philippinen, Costa Rica, Canada, Belgien und Indien. Am Freitagmorgen begann die Konferenz mit Begrüßungen von Jan Rudy Kristensen, Präsident der Kristne Arbeiterere, Norwegen und Pär Axel Sahlberg, Präsident der ILRS. „Glaube kann die Welt verändern“, sagte er und

sah in Spiritualität und dem Engagement für Menschenrechte eine gemeinsame Grundlage zwischen sozialistischen Christen und Sozialisten anderer religiöser Bekenntnisse. Er gab zugleich eine Einführung in das Themen-Dokument des Kongresses „Social Globalisation“ und in den Bericht „faith and politics: The interfaith challenge“ mit Berichten aus Britannien, Finnland, Niederlande, Südafrika, Schweden, USA über Beziehungen und gemeinsame Aktionen von Christen und Menschen eines anderen religiösen Bekenntnisses. Zum Thema „Soziale Globalisation“ sprachen dann Vertreter des Südens und Nordens.

Ronaldo Llamas, Präsident der Bürger Aktion Partei aus den Philippinen (3.v.l.), sprach über das schnelle Wachstum der Wirtschaftskreisläufe Asiens. Asien wird als Finanzplatz wahrgenommen, profitiert mal von ausländischem Kapital, aber erlebt Finanzkrisen, wenn Spekulanten ihr Kapital wieder abziehen. Übersehen werden die sozialen und ökologischen Probleme. Wirtschaftliches Wachstum muss mit Demokratie verbunden sein. Mohamed Dangor von der Kommission für Religiöse Angelegenheiten, Afrikanischer Nationalkongress (ANC), Botschafter Südafrikas im Libanon (1.v.l.), forderte ein afrikanisches Parlament und ei-



*Bildungszentrum
Sömarka*



*Vertreter des Südens
und Nordens zum Thema
„Soziale Globalisierung“*

ne afrikanische Bank. Sergio Moya Mena vom Sozialistischen Internationalen Komitee für Lateinamerika, Costa Rica (2.v.l.) erinnerte an die Rechte der Indigenas (Ureinwohner) an Grund und Boden, an die Landlosen, die wie in Brasilien ihre Rechte einfordern. Soziale und politische Linke müssen sich vereinigen. Er würdigte die Befreiungstheologie. Als Vertreter des Nordens sprach Peter Weiderud, Direktor für Internationale Angelegenheiten beim Weltrat der Kirchen und Präsident von Sveriges Kristna Socialdemokraters Förbund. Broderskapsrörelsen (2.v.r) und Atle Sommerfeldt, Generalsekretär von Kirkens Nödthjelp (3.v.r.). Sie waren sich darin einig, dass Marktwirtschaft einen Rahmen haben muss, der Menschenrechte garantiert und dass die reichen Nationen angesichts des Hungers in der Welt große Verantwortung haben. Eine Diskussion mit den Delegierten schloss sich an. Nachmittags sprachen Vertreter der Weltreligionen zum Thema. Dr. Rannfrid Thelle, Theologin, vom Exekutiv-Komitee, Kristne Arbeiter, Nowegen hatte Vorfahren, die Missionare waren.

Sie sprach über Spannungen, Missverständnisse im Karikaturenstreit. Einen Kampf der Kulturen darf es nicht geben. Sie erinnerte auch an säkular geprägte Kulturen und die Theologie Dietrich Bonhoeffers; sie

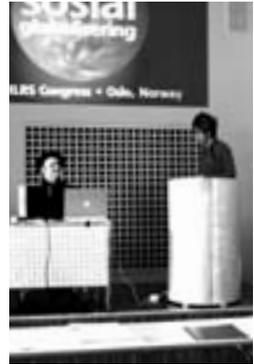
verurteilte die Verletzung der Menschenrechte überall.

Großen Beifall erhielt Irshad Manji, Vertreterin der islamischen Religion aus Canada.

Sie ist Autorin der Bücher „The trouble with Islam. A Muslims Call for Reform in Her Faith“ (2002) und „Der Aufbruch. Plädoyer für einen aufgeklärten Islam“ (2003) (vgl. www.muslim-refusenik.com). Viele Muslime sind der Gewalt im Namen des Islam überdrüssig“, sagte sie. Gegenüber Vorurteilen und repressiven Traditionen setzt sie auf die Macht der Fragen. Besonders für die Rechte von Frauen in der islamischen Welt trat sie ein und erinnerte an Chadidscha, die als reiche Kaufmannswitwe ihren Mann selbst wählte, keinen anderen als Mohamed. Zwangsheirat ist also keine genuin islamische Tradition. „Die Gewalt im Namen des Islams ausüben, fügen ihrem Glauben Schaden zu“, sagte sie und forderte Freiheit für die Wahl und Ausübung der Religion.

Als Vertreter des Judentums sprach Andrew Hammer, USA, Generalsekretär ILRS.

In der Tradition der Thora sah er die Aufgabe von Menschen jüdischen Glaubens darin, der Welt Heilung zu bringen. Er erinnerte an das Buch Esra. Jeder muss seine Aufgabe als religiöser Mensch erfüllen. Er gedachte Abrahams, der Vorbild des Glaubens war.



Von links: Andrew Hammer, Irshad Manji



Rannfrid Thelle

Menschen können Söhne und Töchter Abrahams sein, vor Gott gleich, angewiesen aufeinander. Er sah in den Propheten unsere Vorbilder, die wie Jeremia und Amos für die Rechte der Armen eintraten.

In die Reihe dieser Vorträge gehörte auch der Beitrag von Swami Agnivesh, Indien, Vorsitzender der Bandhua Mukti Morcha (Bonded Labour Liberation Front), Vorsitzender des United Nations Trust Fund on Contemporary Forms of Slavery, der für die Befreiung von Schuldklaven, einschließlich der misshandelten und ausgebeuteten Kinder eintritt. Er ist Präsident von Arya Sama, einer monotheistischen religiösen Gemeinschaft in hinduistischer Tradition.

Er bekannte sich zu Gott als dem Einen Einzigen und sah in den Menschen eine Familie. Dass in einer Familie der Jüngste und Schwächste Hilfe bekommt, sei ein Modell für die Welt, wie sie sein sollte. Seiner Befreiungsfront gelang es in den letzten 20 Jahren, 175 000 Schuldklaven zu befreien. Die ILRS lud er nach Indien ein.

Am Nachmittag tagten Arbeitsgruppen zum Thema. Nachdem wir die ganze Zeit von englischen Worten umgeben waren, hatten wir das Vergnügen, mit Delegierten aus den Niederlanden, Österreich und Skandinavien eine deutschsprachige Gruppe zu

bilden. Etwas Zeit blieb noch, im Fernsehen den knappen Sieg der deutschen Elf gegen Argentinien bei der Fußball-Weltmeisterschaft zu sehen. Aus Solidarität mit den Norwegern, die Prohibitionsgesetze erlassen haben – eine Flasche Wein kostet 25 € – tranken wir anders als die in Deutschland Feiernden Wasser. Die Norwegische Arbeiterpartei und Gewerkschaft lud zum Abendessen und Empfang ein. So hatten wir Zeit für viele wichtige Gespräche.

Am Samstagmorgen stand „Mitgliederversammlung“ auf dem Programm. Andrew Hammer gab den Bericht des Generalsekretärs: Für die Vorbereitungen der Konferenz konnte die ILRS mit der Hilfe der norwegischen Arbeiterpartei und Gewerkschaft rechnen. Maria Hevzy war unsere unermüdliche und freundliche Betreuerin. Das Olof Palme Internationale Zentrum hatte die Gäste aus der Ferne hergebracht. Der Kongress vereinte mehr Mitgliedsorganisationen als je zuvor, darunter sieben außerhalb Europas. Es bestehen auch Kontakte zu Gruppen von den Philippinen, Canada, Brasilien, Argentinien, Costa Rica, Israel und Palästina. Da die ILRS assoziiertes Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, haben sich hier zahlreiche Kontakte ergeben. Andrew berichtete von den Besuchen in diesen Ländern. Pär Axel Sahlberg als Präsident gab



Swami Agnivesh

den Bericht des Exekutiv-Komitees. Wir gedachten der verstorbenen Mitglieder Harry Watson (GBR) und Irène Häberle (CH). Die Wahlen am Nachmittag brachten diese Ergebnisse: Pär Axel Sahlberg (Schweden), Präsident (Wiederwahl), Bev Thomas (GBR), Vizepräsidentin (Bestätigung), Cedric Mayson, (Südafrika) Vizepräsident, Andrew Hammer (USA, Wiederwahl), Johan van Workum Schatzmeister (Niederlande, Wiederwahl). Mitglieder des Exekutiv-Komitees wurden Marianne Uri Överland (Norwegen, Wiederwahl), Ricardo Aguado (Spanien), Mathias Lauer (Österreich), Tapio Lampinen (Finnland, Wiederwahl), Judy Deutsch (USA, Wiederwahl), Gyula Hegyi (Ungarn, Wiederwahl). Rechnungsprüfer wurden: Herman Noordegraf (Niederlande, Wiederwahl), Maria Hevzy (Norwegen), NN (Dominikanische Republik).

Der Jahresbeitrag wurde wieder auf 200 € pro Jahr festgelegt. Unser finanzschwacher deutscher Bund hatte für die letzten Jahre einen ermäßigten Beitrag bezahlt und bekommt für diese Periode noch einmal eine Ermäßigung (um die Hälfte; wie immer haben wir Delegierte aus Deutschland anders als üblich alle Reisekosten selbst bezahlt.) Wir hoffen, dass der BRSD später wieder zahlungskräftig wird. Freilich haben die meisten Mitgliederorga-

nisationen Europas anders als die unabhängigen in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden Unterstützung von ihrer Partei. Alle Mitgliederorganisationen hatten vormittags Berichte zur Lage abgegeben, Michael für uns.

Verabschiedet wurde eine Resolution: Zehn Wege, die Welt zu verbessern. In Luzern war ein „Memorandum für eine gerechte, ökologische und friedliche Gesellschaft“ „entgegen genommen“ worden mit dem Auftrag, die Thematik weiter zu bearbeiten (Neue Wege 9/2203, S. 272–274). Das ist in Oslo geschehen. Allerdings ist das Luzerner Dokument, von einem Seminar in der Schweiz erarbeitet, in der Schärfe seiner Analyse und in der Konkretion seiner Forderungen nach wie vor höchst aktuell. Über die Lage in Israel und Palästina diskutierten wir besorgt, ohne eine Resolution zu verabschieden. Evert Svenson hat sich während seiner 19jährigen Amtszeit als Präsident besonders für Versöhnung und Frieden eingesetzt. Zu Hause hören wir mit Entsetzen von einer weiteren Eskalation kriegerischer Handlungen.

Die Konferenz klang aus mit einer Singe-Runde am Abend.

Am Sonntag hatten wir bei schönem Wetter noch Zeit, auf einer Rundfahrt von unsern norwegischen Freundinnen und Freunden durch Oslo geführt zu werden. Wir genossen



Michael Bschorr



Gemeinsames Beisammensein mit Musik



Ski-Schanze Holemenkollen



Skulptur von Gustav Vigeland



Im Hafen von Oslo



die Aussicht bei der Ski-Schanze Holemenkollen.

Wir sahen die Skulpturen von Gustav Vigeland (1869-1943) im Park, aßen in der Nähe des Doms zu Mittag und sahen Rathaus, Schloss, Burg und Hafen.

Wir schieden in dem Bewusstsein: Es war gut, alte

Freunde und Freundinnen wiederzusehen und neue zu gewinnen, Freundinnen und Freunde auf der ganzen Welt, mit denen wir zusammen wirken wollen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Soziale Globalisierung

Zehn Wege, die Welt zu verbessern

Resolution des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen (International League of Religious Socialists, ILRS) während des Kongresses in Oslo/Norwegen 30.06–1.07.06. Übersetzung aus dem Englischen Reinhard Gaede.

Das Dokument „Soziale Globalisierung“ für den Kongress gibt eine detaillierte Vorstellung von den Herausforderungen, die wir sehen, wenn wir die Frage der Globalisierung behandeln. Das Dokument fasst das Wesentliche eines längeren Dokuments (29 Seiten) zusammen auf zehn Ebenen, zehn Wegen, die Welt zu verbessern, indem man den Prozess der Globalisierung sozial gestaltet.

1. Wir stimmen einer sozialen Globalisierung zu.

Es gibt nur eine Menschheit, und wir brauchen uns untereinander.

2. Globalisierung darf nicht nur globaler Marktplatz bedeuten.

Soziale Globalisierung bedeutet, die notwendigen Schritte zu unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung, soziale Verantwortung, wirtschaftliche Wohlfahrt aller, Gleichheit der Geschlechter und gute Staatsführung.

3. Wir müssen das Verständnis und die Einübung von Demokratie vertiefen.

Demokratie ist bisher lokal, regional und national geprüft worden, sowohl auf der Ebene der Teilnahme einer Öffentlichkeit als auch vom Glauben der Bevölkerung an die Legitimität unserer gegenwärtigen Formen von Demokratie. Soziale Bewegungen ebenso wie die Anti-Globalisations-Bewegung tragen zu einem neuen Verständnis von Demokratie bei, haben aber zugleich Schwierigkeiten,

es an ein repräsentativeres politisches Modell anzupassen. Die ILRS muss zur Vertiefung des Verständnisses und der Einübung von Demokratie beitragen und zusammen mit der Sozialistischen Internationale an dem langen Prozess teilnehmen, ein gutes Staatswesen in unsern globalen Institutionen wieder aufzubauen und neu zu beleben.

4. Nachhaltige Entwicklung ist die wirkliche Suche beim Aufbau einer besseren Welt.

Es muss möglich sein, Fortschritt in unserer Welt zu entwickeln, ohne die Fähigkeit für die kommende Generation zu verderben, Freude daran zu haben ebenso wie selbst Fortschritte zu machen. Wir müssen ebenso eine Methode finden, das Defizit zurückzuzahlen, das wir schon haben. In der gegenwärtigen kapitalistischen Ära müssen wir anfangen, die Fragen unserer Wahlentscheidungen für Natur und menschliches Leben zu kalkulieren als Teil unserer Abmessungen von Erfolg oder Versagen.

5. Fragen der Menschenrechte sind jetzt zentral für die Agenda der Globalisierung.

Die Bedingungen modernen Lebens stehen der früheren souveränen Unabhängigkeit eines Staates gegenüber. Die heutige Welt kann nicht einfach ei-

nen grausamen Führer akzeptieren, der seine Leute unterdrückt. Intervention von Seiten der Internationalen Gemeinschaft kann notwendig sein, wenn Völkermord oder selbst geringere Risiken auf dem Spiel stehen. Menschen haben fundamentale Rechte – diese Rechte zu bekräftigen, liegt in der Verantwortung der ganzen Welt. Das schließt die Fähigkeit der Nationen ein, Bildung zu verteilen, für die Einzelnen die Möglichkeit zu schaffen, ihre Ziele für die persönliche Entwicklung zu erreichen. Die zukünftige Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung ist davon völlig abhängig, wie gut ein Land seine Bürger vorbereiten kann, speziell die Jungen, ihre Rechte als Produzenten und Konsumenten zu wahren, wenn sie sich mit wirtschaftlichen Herausforderungen der globalen Gesellschaft beschäftigen.

6. Armut zu reduzieren, ist untrennbar von anderen politischen Zielen.

Die Herausforderung der Realität und die UN- Millenniums-Ziele, die nationalen und internationalen Bemühungen mit dem Ziel, Armut zu reduzieren, sind dicht beim Zentrum unserer Politik und der globalen Agenda. Reduktion der Armut ist eine Frage des Geldes, aber ebenso der Haltung und der Vorsorge für das Rüstzeug für eine nachhaltige

Zukunft. Sie bezieht unsere ganze Gesellschaft ein, national, regional und international.

7. Multilateralismus und Frieden muss Priorität haben vor vorherigen Konflikten.

Die Vorstellung vom Kampf der Kulturen wird niemandem nutzen. Als Weltbürger sagen wir: Es gibt nur eine Menschheit. Es kann kein Friede ohne Gerechtigkeit sein und ohne Frieden kann keine Gerechtigkeit sein. Es ist ebenso wahr: Es kann kein Friede ohne Entwicklung und Suche nach Gleichheit sein.

8. Märkte müssen reguliert sein, damit sie menschlichen Bedürfnissen gut und nach Wunsch dienen.

Der internationale Markt ist eine Realität. Mit der Realität kommt die Notwendigkeit für Regulierungen, nicht nur zwischen Nationen, sondern ebenso global. Wir müssen die Märkte so organisieren, dass sie einen gleichen Zugang für alle zu diesem Markt erlauben, während gleichzeitig genug Raum gegeben wird für eine noch nicht ausgereifte Wirtschaft, damit sie schrittweise in den globalen Markt eingeschlossen wird. In unserer Analyse der Weltwirtschaft muss der Sektor Arbeit von verschiedenen Blickpunkten aus gesehen werden, kurzfristig von den Grundbedürfnissen aus, von der Hand zum Magen. Man muss den formlosen oder

(Schwarzmarkt-)Sektor akzeptieren, wenn er zum dringendsten Überleben gebraucht wird. Langfristig jedoch muss es das Ziel sein, die formlosen Aktivitäten in eine offene und formell anerkannte Ebene der Wirtschaft einzuschließen. Das ist nötig für Regulierung, Schutz, persönliche Sicherheit – und um des Gefühls der Gemeinschaft in der Gesellschaft willen – für Besteuerung und Offenheit in der Wirtschaft.

9. Die Bevölkerung muss demokratische Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen haben.

Wir betrachten jetzt die sehr entscheidenden Privatisierungen, die mehr oder weniger als „freie Mahlzeiten“ verstanden werden. Spezielle Sorge bereitet das „Outsourcing“ (die Vergabe nach außen) von Wasser und Wasserleitungs-Infrastruktur an internationale Firmen, was diese Angelegenheit zu einem kritischen Punkt gebracht hat. Diese Veränderungen gab es sowohl in entwickelten Ländern und solchen im Übergang als auch in noch in der Entwicklung stehenden Ländern. Einerseits ist es eine Notwendigkeit für Nationen, Investment-Kapital anzuziehen, andererseits ist es ein ausgesprochenes Risiko, die am meisten benötigten Ressourcen in der Hand von fremden Firmen außerhalb eigener demokratischer Kontrolle zu haben. Es wird nötig sein, diese Bereiche vom

Markt auszuschließen und sie in einer sozialeren und nachhaltigen verantwortungsvollen Weise zu regulieren.

10. Eine wahrhaft globale Gesellschaft ist eine tolerante Gesellschaft

Eine multikulturelle Gesellschaft mit einer Vielfalt an Glaubensbekenntnissen ist nicht etwas, was von selbst kommt, sondern eine bewusste Anstrengung ist nötig, die verschiedenen Wurzeln zusammenzuführen zu einer neuen toleranten Gesellschaft. Wir werden kein negatives Etikett von Bevölkerungsgruppen akzeptieren, we-

der von säkularen Menschen gegenüber religiösen Menschen noch von Gläubigen gegenüber den Säkularen oder Andersgläubigen. Freiheit der Religion ist das Fundament moderner Gesellschaft. Jedoch ist religiöse Freiheit nicht unbegrenzt. Sie muss Grenzen setzen in Erwägung sowohl gemeinsamer Werte und menschlicher Rechte innerhalb der (säkularen) Gesellschaft als auch der heiligen Elemente verschiedener Glaubensbekenntnisse. Wir wollen unsere Suche nach Einheit in Verschiedenheit ausdrücken als ein gemeinsames Verständnis, dass der Mensch spirituell ist.

REZENSION

Das interessante Buch: Ulrich Peter: Möhrenbach – Schwerin – Workuta – Berlin. Aurel von Jüchen (1902- 1991). Ein Pfarrerverleben im Jahrhundert der Diktaturen, Stock & Stein Verlag, 2006, 472 Seiten

Von Reinhard Gaede

Aurel von Jüchen – Die Älteren unter uns haben ihn noch gekannt oder in CuS von ihm gelesen. Ein kurzes Lebensbild habe ich gezeichnet als Nachwort zu seinem Buch „Jesus zwischen Reich und Arm. Mammonworte und Mammongeschichten im Neuen Testament“ (1985). Es mag heute noch als kurzer Überblick über A. v. Jüchens li-

terarisches Schaffen dienen. Nun liegt eine Biographie vor, die zugleich in weiten Partien eine kirchliche Zeitgeschichte geworden ist, den vielen Aktivitäten und Leiden A. von Jüchens folgend.

Der Mitbegründer des religiösen Sozialismus, der mutige Pfarrer, der den „Mörder Faschismus“ „nackt“ seit 1930 immer wieder entlarvte, das Opfer von Berufsverbot, der Pfarrer in einer braunen Landeskirche, der Sprecher der Bekennenden Kirche in Mecklenburg, der Soldat und Deserteur, der Jugendpfarrer und Kulturpolitiker in der SBZ, der Gemeindepfarrer in Rossow und Schwerin, das Opfer des Stalinismus, zu



© www.photocase.de

Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt, der Pfarrer in der Jugendstrafanstalt und im Frauengefängnis Berlin, der Krankenhaus-Seelsorger, der bekannte Schriftsteller und Dichter – alles zugleich war er, damit ein Zeuge seines Jahrhundert. Ulrich Peter ist es gelungen, mit dem Leben dieses Pfarrers zugleich das Jahrhundert der Diktaturen sichtbar zu machen.

Die Biographie gibt wie durch Seitenfenster immer wieder Einblick in die Lebensverhältnisse der Länder Westfalen, Thüringen, Mecklenburg, Berlin. Die Lesenden erleben Entwicklungen und Katastrophen der politischen Systeme mit: Kaiserreich, Weimarer Republik, Nazi-Diktatur und Weltkrieg, Kriegsende und Besatzungszeit in Mecklenburg, Aufstieg des Kommunismus und gesellschaftliche Neuordnung, Repressionen des Stalinismus, die Lager der Gefangenen in der UdSSR, die Zeit des Kalten Krieges, Niedergang des Kommunismus. Und sie sehen die Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, zwischen Kreuz und Hammer mit Sichel, zwischen Kreuz und goldenen Kälbern.

Als Historiker hat Ulrich Peter extrem schwierige Aufgaben bewältigt. A. von Jüchens Schriften waren verstreut oder verschollen; der oft Verfolgte besaß in seiner späten Berliner Zeit fast keine seiner früheren Schriften mehr. U. Peter hat sie

in Antiquariaten wieder beschafft und ausgewertet, im Literaturverzeichnis gibt er Anregung, die Bücher A. v. Jüchens, nach Jahrgängen geordnet, selbst zu lesen. Außerdem hat er öffentliche und private Archive in großer Zahl besucht, viele Zeitschriften und Schriften aus den einzelnen Perioden herangezogen und schließlich auch Interviews geführt. Dabei hat er verschiedene Ebenen unterschieden: Ereignisse, Erfahrungen, Art und Zeit der Erinnerungen, Bewertungsmaßstäbe. So können Gedächtnislücken geschlossen werden. So hatte ich z.B. noch A. v. Jüchens Angabe übernommen, mit seinem Freund Karl Kleinschmidt habe er auf die Kundgebung der Deutschen Christen im Sportpalast Berlin (Hauptredner Gaubmann Reinhold Krause), Anfang April 1933 reagiert und dann die Offensive der Bekennenden Kirche in Mecklenburg gestartet. U. Peter findet heraus: Gemeint war aber die Kundgebung der „Deutschen Christen – Nationalkirchliche Einung“ vom 28. Mai 1938 im Sportpalast Berlin mit dem Hauptredner Bischof Walter Schultz. Die Akten vieler Archive waren erst seit dem Ende der DDR 1990 einsehbar. So finden die Lesenden weithin noch unbekanntes Texte zum Verhältnis Kirche und sowjetrussischer Besatzungsmacht bzw. Staat in der SBZ bzw. DDR. Auch zeitge-

schichtliche Literatur wird reichlich herangezogen. Das Buch ergänzt U. Peters Bücher zur Geschichte des Religiösen Sozialismus. Seine Bücher über die religiösen Sozialisten in Berlin und in Westfalen wurden in CuS vorgestellt (CuS IV/1995 von Arnold Pfeiffer, CuS II/2003 von mir).

Seine theologische Entwicklung, die ihn zum Religiösen Sozialismus führte, fasste A. von Jüchen Jahrzehnte später so zusammen: „Erste Stufe, die liberale Theologie: sie machte frei von falschen Autoritäten wie Lehre, Tradition, Dogma usw., aber sie schenkte keinen Glauben. Zweite Stufe, dialektische Theologie: Sie lehrte die Selbstbewegung Gottes in seinem Wort, aber sie berücksichtigte nicht die Ohren, die das Wort traf. Dritte Stufe: existentielle Theologie: Sie lehrte die Grenzsituationen des Menschen zu erkennen, aber ... Wo blieb der Alltag?“ Im Religiösen Sozialismus fand er den „Anspruch des Evangeliums auf alle Bereiche unseres Lebens“.

Während seiner Zeit mit Arbeitern hatte A. v. Jüchen die marxistische Literatur kennen gelernt, unter dem Einfluss des Eisenacher Pfarrers Emil Fuchs war er zusammen mit Karl Kleinschmidt Mitglied des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands geworden, der 1926 mit eigener Liste für

den thüringischen „Landeskirchentag“, nämlich die Synode, kandidierte. In eine Hochburg, wo sieben religiöse Sozialisten fünf Bürgerlichen gegenüberstanden, kam A. v. Jüchen im April 1929 und wurde der rote Pfarrer von Möhrenbach. Die materiellen Sorgen waren behoben. Aber es begann die Zeit der politischen Kämpfe, in denen der junge Pfarrer ein Disziplinarverfahren nach dem andern erhielt. Ulrich Peter gibt genauen Einblick in den Schriftwechsel. 1930 beteiligte sich A. v. Jüchen am Wahlkampf gegen Nazis für die SPD. Seine Kirchenleitung hatte in einem Erlass „Parteitätigkeit „in der Öffentlichkeit ihren Pfarrern verboten, hatte aber an der massenhaften Aktivität von Pfarrern für nationalistische und faschistische Gruppen nichts einzuwenden. Die NSDAP beschwerte sich über A. v. Jüchen bei der Kirchenleitung. Diese eröffnete ein Disziplinarverfahren gegen vier religiös-sozialistische Pfarrer. Hunderte von Veranstaltungen für SPD und BRSD hat A. v. Jüchen 1929-1933 durchgeführt, in Thüringen, Oberfranken und im ganzen Reich. Die Erklärung des Bundes gegen den Faschismus (Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1930, Nr. 33, S. 261) beruhte auf seiner Vorlage. Auch die Grausamkeiten des italienischen Faschismus prangerte er an. Am Aufbau

des BRSD in Westfalen hatte er entscheidenden Anteil. 1932 wurde er in den siebenköpfigen Reichsvorstand des BRSD gewählt. Am „Landeskirchentag“ nahm er 1933 teil, bis die sechs religiösen Sozialisten ausgeschlossen wurden. Die hasserfüllten Nachstellungen und Verleumdungen seiner Gegner in Kirche und NSDAP erreichten 1932 seine Abberufung als Gemeindepfarrer.

Mehr als 60 Bewerbungen um ein Pfarramt blieben 1933-1934 vergeblich, bis er, taktisch geschickt, eine Lücke im System ausnutzen konnte. Der Bischof von Mecklenburg Walter Schultz hatte gegen die Bekennende Kirche (BK) den Bund der NS-Pastoren zu seiner Unterstützung in Stellung gebracht und berief ständig Theologen mit und ohne abgeschlossene Ausbildung nach Mecklenburg mit dem Ziel, die BK zu erschüttern. Religiöse Sozialisten wie Karl Kleinschmidt, Heinrich Schwartze, Bruno Theek und A. v. Jüchen waren deshalb willkommen. So konnte A. v. Jüchen wieder Pfarrer sein, seine Familie – zeitweilig waren die Eheleute geschieden, was seine Gegner ausgenutzt hatten – wieder holen und ernähren. Seine Kontakte zu den religiösen Sozialisten hatte A. v. Jüchen nie aufgegeben. 1937 ging er zur BK unter Niklot Beste über. Seitdem wurde er von der Gestapo überwacht und zog den Hass

seiner Gegner auf sich, besonders als Karl Kleinschmidt und er, unterstützt von der BK, den Rücktritt des Bischofs forderten, nachdem dieser die „Vollendung der Reformation im Nationalsozialismus“ gefeiert hatte. Von Brandenburg aus verteilte A. v. Jüchen seine BK-Briefe, die so noch ankamen, bevor sie beschlagnahmt werden konnten. Ein anderer Konflikt betraf die Deutschen jüdischen Glaubens. Der kirchliche Arierparagraph 1939 schloss sie aus. A. v. Jüchen und K. Kleinschmidt warfen in einem Flugblatt dem Bischof Irrlehre vor, mit dem Ziel, ihn seines Amtes zu entsetzen. Im November 1938 stellte sich A. v. Jüchen einem Pogrom in Rossow entgegen. Vor der Verhaftung und vor der Abberufung durch die Kirchenleitung schützte ihn die Frauenhilfe und die Unterschriftensammlung in der Gemeinde. Weil er sich auch noch mit verfolgten Pfarrern der BK solidarisierte, geriet er ins Visier der Berliner Gestapo. Vor dem KZ rettete nur noch die Einberufung als Soldat. Durch seinen Freund, den religiös-sozialistischen Pfarrer Arthur Rackwitz, wurde A. v. Jüchen in den Berliner Widerstand einbezogen. Seine verhafteten Freunde – Ernst von Harnack wurde 1945 „hingerichtet“, A. Rackwitz 1944-1945 im KZ inhaftiert – haben ihn nicht verraten. So

konnte er desertieren und in die Gemeinde zurückkehren.

Während der Besatzungszeit konnten er und sein Amtsbruder Frauen vor der Vergewaltigung durch russische Soldaten schützen, indem er die Frauen zu Gottesdiensten versammelte. Unter dem Eindruck eines riesigen Flüchtlingstucks trat er mit seinen Freunden für eine gerechte Bodenreform ein, die allen einen Neuanfang ermöglichen sollte. Aber es kam zum Konflikt mit der russischen Militäradministration. Durch die Vereinigung der Parteien KPD und SPD – im Buch finden sich wichtige Dokumente – wird A.v. Jüchen Mitglied der SED, initiiert mit K. Kleinschmidt 1946 die „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus“, arbeitet mit bei der „Bruderschaft sozialistischer Theologen“, bis dann Überwachungs- und Kontrollmechanismen der SED solche Aktivitäten beenden. Nach Verhandlungen zwischen Kirchenleitung und SED kann er die kirchliche Jugend im Landesvorstand der FDJ vertreten. Wie seine Freunde arbeitet er mit im „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, zum Erfolgsmodell wird sein „Jugendforum“ in Schwerin, das die freie Aussprache ermöglichte. Im Jahr 1949 endeten die Möglichkeiten der Entfaltung gesellschaftlichen Lebens und A. v. Jüchen wurde aus der SED ausge-

schlossen. In Schwerin wurde ein Witz erzählt: Pastor von Jüchen macht einen Blumenladen auf. Warum? Er hat zum Rauschmiss aus der SED so viele Blumen bekommen. Im April 1949 war v. Jüchen Pfarrer an der Schelfkirche zu Schwerin geworden und gewann die Gemeinde lieb. Kirchenleitung und Gemeinde waren besorgt um ihn, als er ein Opfer des Stalinismus wurde. Für Konflikte um das Goethe-Gymnasium Schwerin machten SED-Funktionäre ihn verantwortlich. Der russische Geheimdienst hätte ihn gern als Spitzel missbraucht, er weigerte sich. Im März 1950 wurde er verhaftet, der Spionage angeklagt – einmal hatte er den Vetter seiner Frau beherbergt, der zur „Organisation Gehlen“, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, gehörte. Der wirkliche Grund seiner Ansicht nach war sein Engagement für die Jugend. Ihm wurde vorgeworfen, Rädelsführer jugendlicher Widerstandsgruppen zu sein. Nach zermürbenden Verhören wurde er zu 15 Jahren Zwangsarbeit in Workuta, in der Nähe des Nördlichen Eismees, verurteilt. 1958 erschien sein Buch „Was die Hunde heulen“, in dem er über diese Zeit des Hungers, der Kälte, der Krankheiten und schweren Arbeiten im Kohlebergwerk und auf Baustellen berichtete. V. Jüchen überlebte als Kranker im Innendienst,

doch eine Stimmbandlähmung blieb dauernde Behinderung.

So konnte er nach seiner Freilassung im Jahr 1955 einen Dienst als Prediger nicht mehr leisten. Die Kirche in Berlin-Brandenburg half mit einer Stelle an der Strafanstalt Plötzensee und in der Frauenstrafanstalt Tiergarten, Lehrter Straße. Dort betreute er auch weibliche „RAF“-Gefangene. „Meine feindlichen Freunde“, beginnt sein Brief. Nach seinen Erfahrungen mit dem Stalinismus schien er eine Zeitlang mit den Konservativen einig, bis er dann im Konflikt um Bischof Scharf, dem Nähe zu den Terroristen vorgeworfen wurde, ihn verteidigte. In seiner letzten Periode des Schaffens stand er auf der Seite der Berliner „Kirche in der Verantwortung“. Freude bereitete ihm die Reorganisation des BRSD, auf dessen Stand er beim Berliner Kirchentag 1977 gestoßen war. Er schrieb Beiträge für CuS, trat 1979 dem Bund (wieder) bei und hielt engen Kontakt zur Berliner Gruppe, die 1989 beim Kirchentag das „Lehrhaus „Reich Gottes und Sozialismus“ zusammen mit der Evangelischen Versöhnungsgemeinde im Wedding organisiert hatte. Von der PDS kam 1990 ein Brief, der die aus der SED ausgeschlossenen Pfarrer Mundt, Rackwitz und v. Jüchen rehabilitierte, allerdings ohne Entschuldigung und Gesprächsangebot. U. Peter als

Vorstandsmitglied des BRSD hatte den Anstoß dafür gegeben. Als Sozialist blieb A. v. Jüchen ein Kritiker des „bürokratischen Staatssozialismus“, der entweder sich zu einem echten Sozialismus entwickeln oder untergehen müsse. Das Experiment Garbatschows und die friedliche Revolution 1989/90 in der DDR verfolgte er mit Sympathie und Hoffnungen auf einen Übergang zum demokratischen Sozialismus, die dann mit dem Sieg der CDU unter H. Kohl 1990 enttäuscht wurden. Geben wir ihm zum Tag der Wiedervereinigung das Wort: „Das deutsche Volk hat einen Hang zum Nationalismus, Militarismus und einer Obrigkeitsvorstellung, die Macht und nicht die Gerechtigkeit zur Grundlage des Handelns macht. Da das politische und wirtschaftliche Gewicht eines vereinten Deutschlands sich gleichsam automatisch steigert, kommt alles auf die Entschlossenheit seiner Bürger an, den Begriff Bundesrepublik von jedem Prestigedenken freizuhalten...Denn die vergangene DDR hatte ein weit schwereres Schicksal zu bewältigen. Die unterdrückten Menschen hatten stets schwere Entscheidungen zu treffen. Sie haben eine echte Revolution ohne Blutvergießen vollbracht. Wo Prestigedenken herrscht – zumal wenn es wirtschaftlich begründet ist –, ist keine echte Liebe zu den

Schwestern und Brüdern der DDR.“ (S. 438). Die Traueranzeige für den am 11. Jan. 1991 Verstorbenen (S. 439) setzt neben das Symbol des Bundes – Kreuz mit Rose – und das Signum – „als Christ Sozialist“ – den Vers von Bert Brecht: „Die Schwachen kämpfen nicht./Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang./Die noch stärker

ker sind, kämpfen viele Jahre./Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang./ Diese sind unentbehrlich.“ Und zum Gedenken wird Weiterarbeit versprochen: „Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten.“

Gerade deswegen wünsche ich diesem Buch weite Verbreitung.

Bundesnachrichten

100 Jahre Schweizer Resos – 100 Jahre „Neue Wege“

Glückwünsche aus Deutschland

Liebe Freundinnen und Freunde des Religiösen Sozialismus in der Schweiz!

Zum Jubiläum „100 Jahre Religiös-Sozialistische Vereinigung“, „100 Jahre Neue Wege“ möchten wir aus Deutschland Euch herzlich gratulieren.

Dankbar gedenken wir des Wirkens von Leonhard und Clara Ragaz. Den Internationalen Bund der Religiösen Sozialisten hat Leonhard Ragaz inspiriert, und die Beiden waren Bezugspersonen für viele Menschen aus vielen Ländern.

Während in Deutschland viele Theologen den verbreiteten Nationalismus, Militarismus und später Faschismus während der Weimarer Republik legitimierten,

hat Leonhard Ragaz der Theologie eine Neuorientierung vermittelt durch seine Besinnung auf die „Botschaft vom Reich Gottes“. Zur Hoffnung und zum Handeln hat er Christinnen und Christen befreit. In seinem Artikel über den „Sinn der Friedensbewegung“ sagte er im Jahr 1929: „Das Reich Gottes ist zwar gewiss nicht von dieser Welt, aber es ist für diese Welt.“ (Kommen-Gemeinde, 1929, 3/4, S. 30)

Die Welt überlegene und überwindende Kraft des Evangeliums war damit angesagt. Sie ermöglichte Kritik am Kapitalismus und Faschismus. Zugleich setzte sie alle Kräfte frei zur Gestaltung für mehr Gerechtigkeit und Frieden in Zeiten des Massenelends und Kriegs. Die Furcht der Orthodoxie und des Pietis-

Neue Wege



mus vor der Vermischung von Gotteswerk und Menschenwerk sah L. Ragaz in falschen Alternativen begründet: „Beides ist wahr, dass Gott es allein tut, und dass er nichts tun will und kann ohne uns. Man darf sagen, der Mensch habe so große Vollmacht, dass einige wenige treffliche Menschen und Führer es vermöchten, die Welt zum Frieden zu bringen, und man kann ebenso gut sagen, auch die gewaltigste und lauterste Menschenkraft vermöge nichts, wenn Gott nicht seinen Creator spiritus wehen lasse *ibid.*, S. 31).

Mit einem kleinen Geschenk möchten wir Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten in Deutschland Eures Jubiläums in der Schweiz gedenken: Der Religiös-Sozialistischen Vereinigung und den Freundinnen und

Freunden der „Neuen Wege“ schicken wir je 21 Exemplare unserer Sondernummer zum 50. Todestag von Leonhard Ragaz (CuS 1996, Nr. 1). Sie enthält Beiträge von Willy Spieler, Arnold Pfeiffer, Manfred Böhm, Karlheinz Lipp, Ulrich Peter.

Gewürdigt wird darin seine Theologie als „Prophetie“, seine Lehre, seine „glaubwürdige Nachfolge“, seine und seiner Frau Aktivitäten „für Frieden, Abrüstung und Menschenrechte“, seine „Revolutionierung der Pädagogik, seine Unterstützung und Ermutigung der Religiösen Sozialisten im Widerstand gegen den Faschismus.“

Mit solidarischen Grüßen und Wünschen für Gottes Segen: Reinhard Gaede, Mitglied des Vorstands des BRSD, Schriftleiter von CuS.

Erstes Regionaltreffen in Thüringen/Franken

Von Maik Eisfeld

Erneuerung beginnt von unten, eine Tatsache, die sich sowohl in der großen als auch in der kleinen Politik immer wieder feststellen lässt. Auch das von Martina und Dörte organisierte Treffen Religiöser Sozialisten und Sozialistinnen am 14.5.06 in Martinas Erfurter Wohnung kann durch-

aus als ein solcher Versuch verstanden werden. Die Idee dazu wurde bereits Anfang des Jahres geboren. Immerhin leben einige BRSD-Mitglieder mehr oder weniger in räumlicher Nähe zueinander. Ein straffes Programm bestimmte den Tag nicht. Sich einfach nur einmal zusammen zu setzen, sich auszutauschen, war das Grundanliegen. So trafen sich also Marti-

na Ludwig, Doerte Münch, Martin Möllmann, Robert Wollborn und ich bei Martina.

Einige hatten sich schon seit einigen Jahren nicht mehr gesehen, ein Grund mehr zu jener Zusammenkunft; verbinden uns doch nach wie vor viele gemeinsame Ideen und Engagements. Wir begannen mit einer kleinen Vorstellungsrunde. Wie sieht beim Einzelnen die konkrete Lebenssituation aus? Was haben wir in der letzten Zeit getan? Wo engagieren wir uns? Wo sind die Schwerpunkte im Leben zu finden? Interessant, was für Lebensentwürfe sich mit der Zeit entwickeln!

Robert, der ja Vorstandsmitglied im BRSD ist, berichtete uns dann von der letzten Vorstandssitzung und den Plänen, welche dort ins Auge gefasst wurden. Besonders beschäftigt uns natürlich auch die Zukunft unserer Zeitschrift CuS, nachdem die Schweizer "Neuen Wege" die vorübergehende Kooperation gekündigt haben. Alle waren sich einig darüber, dass es CuS, in welcher Form auch immer, weiter geben muss. Seinen Namen sollte CuS ebenfalls behalten. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte eine Diskussion darüber geführt werden, ob es eine Namensänderung oder -erweiterung geben soll. Selbstverständlich sprachen wir auch über die geplante Herbst-Tagung (17.–18.11.06 in Lage-Hörste, in der Nähe von Bielefeld) und den Evangeli-

schen Kirchentag, der vom 6.–10.6.07 in Köln geplant ist. Wir fanden den Plan, Sprecher aus den verschiedenen religiösen Gruppierungen der Parteien zur Herbst-Tagung einzuladen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sehr interessant. Auf dem Kirchentag wollen wir wieder mit einem eigenen Stand vertreten sein. Auch über weitere Aktivitäten, die in Köln angeboten werden sollten, sprachen wir.

Dass die aktuelle Tagespolitik Gesprächsstoff zur Genüge bietet, verwundert sicher nicht.

So sannen auch wir darüber nach, wo und wie wirksam Widerstand gegen den rapiden Sozialabbau der derzeitigen Regierung geleistet werden könnte. Ob und wie dieser überhaupt möglich ist, angesichts der großen Depression in der Bevölkerung. Deutschland ist nicht wie Frankreich reich an Protestbewegungen, leider. Doch das darf uns nicht entmutigen.

Viele von uns sind ja in einer ganzen Reihe anderer politischer oder sozialer Organisationen engagiert.

Martin Möllmann berichtete von den Aktivitäten der Initiative Kirche von unten (IKvu), deren Ressourcen vom BRSD noch besser genutzt werden könnten. Die IKvu lebt ja vor allem von den Aktionen der einzelnen Gliedorganisationen.

Der immens große Gesprächsbedarf ließ die Zeit schnell verstreichen. Am Ende



spürten alle: Es war richtig ein solches Treffen zu organisieren. Auf gar keinen Fall sollte es eine Eintagsfliege bleiben. Am Ende des Jahres ist eine Fortsetzung geplant. Wir wollen uns in der Nähe von Würzburg bei Martin Möllmann treffen, damit die Franken nicht immer so weit anreisen müssen.

Soll nun unser regionaler Kreis einen eigenen Namen erhalten? Eine gute Idee. Ein spontaner Einfall lautete „Thomas-Müntzer-Gruppe“, ein Ein-

fall, der allen gut gefiel. Der soziale und revolutionäre Reformator wirkte ja vor allem im Thüringischen und der unmittelbaren Umgebung (ca. 1490–1525). Zu DDR-Zeiten hoch verehrt, aber oftmals missverstanden. Heute versuchen reaktionäre Historiker, sein Andenken abzuqualifizieren.

Eine gute Geste, diesem „Urahn der Reso-Bewegung“ ein kleines Denkmal zu setzen.

Wir alle freuen uns auf ein Wiedersehen.

Zum Abschied

Johannes Rau †

(16. Januar 1931 – 27. Januar 2006)

Von Dr. Reinhard Gaede, Vorstandsmitglied des BRSD, Schriftleiter von CuS.

Bundespräsident 1999–2004, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen 1978–1998, Stellvertr. Vorsitzender der SPD 1982–1999.

Mit Trauer über seinen Tod, zugleich mit Dankbarkeit für sein Wirken nehmen wir Abschied von Johannes Rau. Als Christ war er für uns ein Vorbild für Nächstenliebe und Gottvertrauen, für Güte und Hoffnung.

Als demokratischer Sozialist war er unersetzlich in seinem Streben nach Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen, nach Menschenwürde und Frieden. Als Mensch beeindruckte

er uns durch seine Freundlichkeit und seine Vertrauenswürdigkeit, durch sein ausdauerndes Streben nach Versöhnung, durch seine Nähe zu den Menschen, denen er begegnete.

An einer Tagung unseres Bundes hat er teilgenommen, als sein Freund Johannes Harder über Christoph Blumhardt (1842–1919), den Begründer der Tradition des religiösen Sozialismus in Deutschland, sprach.

Seiner Familie wünschen wir viel Trost aus Gottes Wort. „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben von nun an. Ja, spricht der Geist, sie sollen ruhen von ihrer Mühsal; denn ihre Werke folgen ihnen nach.“ Offb. 13, 13.

Glückwünsche zum 80. Geburtstag

Lieber Herr Prof. Moltmann!

Zu Ihrem 80. Geburtstag am 8. April 2006 möchten wir Ihnen noch ganz herzlich gratulieren und Ihnen Gottes Segen wünschen fürs neue Lebensjahrzehnt, für viele glückliche Jahre in geistiger Frische zusammen mit Ihrer Familie, ihren Freunden und Bekannten.

Wir haben uns gefreut über Auszeichnung und Ehrungen, die Ihnen zuteil wurden. Wir wissen uns Ihrer Theologie sehr verbunden. Ihr Thema Theologie der Hoffnung hat eine Nähe zur Tradition des Religiösen Sozialismus und seiner Reich-Gottes-Theologie, wie sie von Chr. Blumhardt, Leonhard Ragaz und Paul Tillich entwickelt wurde.

Ihre Bücher *Theologie der Hoffnung* 1964, *Die ersten Freigelassenen der Schöpfung* 1971, *der gekreuzigte Gott* 1972, *Kirche in der Kraft des Geistes* 1975, *Gott in der Schöpfung* 1985 haben eine ganze Generation von Theologinnen und Theologen geprägt und in unserer Kirche und darüber hinaus segensreich gewirkt. Dass Hoffnung zum Handeln treibt und Handeln durch Hoffnung Maß und Ziel findet, konnte in Ihrer Theologie besonders gut zum Ausdruck kommen. Gleichzei-

tig konnten friedensfeindliche und menschenverachtende Verzerrungen der Theologie wie die von der Eigengesetzlichkeit weltlicher Bereiche, der religiösen Überhöhung des Nationalismus und Rassismus überwunden werden. Und Christinnen und Christen konnten für Aktionen zur Förderung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ange-regt werden.

Natürlich freuen wir uns auch, dass sie als Leser unserer Zeitschrift CuS. Christin und Sozialistin. Christ und Sozialist treu geblieben sind.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen

Ihr Reinhard Gaede, Schrift-leiter von CuS, Vorstandsmit-glied des BRSD

Jürgen Moltmann: Über die Zukunft der Theologie, in: CuS 3-4/1997, S. 37-44: „Die Globalisierung der Welt macht die Befreiungstheologie universal ... Die demokratische Gleichheitsidee ist mit einem Wirtschaftssystem unvereinbar, das immer größere Ungleichheiten produziert ... ‚Befreiung‘ nennt das zu überwindende Negative: Armut, Unterdrückung, Krankheit, Unwissenheit und Apathie. Das Positive, zu dem die Befreiung führen soll, ist in letzter Perspektive das ‚Reich Gottes‘ ... mit Jon Sobrino: ‚Das Reich Gottes ist Leben, Leben in



© www.photocase.de

*Fülle und Erfüllung des Lebens.' ...
Wir werden die Gleichgültigkeit
gegenüber fremdem Leiden durch
die Wiedergeburt des göttlichen Ja
zum Leben überwinden. Eine Theo-
logie des Lebens wäre eine ‚Zukunft
der Theologie‘, für die zu arbeiten
und zu studieren es sich lohnt ...
Nach dem Zerfall der christlichen
Welt beginnt ein dialogbereites und
missionarisches Christentum ... Wir*

*sollten uns immer wieder daran
erinnern, dass Jesus nicht eine neue
Religion, sondern neues Leben
gebracht hat. Ist er selbst ‚die
Auferstehung und das Leben‘ in
Person, dann finden wir in seiner
Gemeinschaft die göttliche Lebens-
bejahung, die Heilung des Kranken,
die Rettung des Verlorenen, die
Annahme des Verlassenen und die
Auferweckung des toten Lebens.“*



RESOCOUPON

Ich will kein Heft verpassen...

- Ich möchte *Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS)* abonnieren. Und zwar:
- als **Inlands-Abo** zu 20 € pro Jahr inkl. Versand.
 - als **Auslands-Abo** zu 23 € pro Jahr inkl. Versand.
 - als **Förder-Abo** zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.
- Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich.

- Das oben angekreuzte Abonnement soll ein **Geschenk** sein. Bitte sendet die Hefte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse:

Vorname: _____ Nachname: _____

Straße Nr.: _____

PLZ Ort: _____ Land: _____

Das Geschenk-Abo soll laufen: nur für ein Jahr. unbefristet.

Lesen genügt mir nicht. Ich will Mitglied werden!

- Ich möchte **Mitglied** werden im *Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e.V.*.
- mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
 - mit ermäßigtem Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
(Der ermäßigte Beitrag gilt für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.)
 - mit Förderbeitrag von _____ € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo.

Das bin ich:

Vorname: _____ Nachname: _____

Straße Nr.: _____

PLZ Ort: _____ Land: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte für Rückfragen angeben: Telefon: _____ Fax: _____

Bitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag: _____

Ich bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/Initiative: _____ (freiwillige Angabe)

Ich möchte von Zeit zu Zeit Infos erhalten an E-Mail: _____

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands

lädt herzlich ein zur **Jahrestagung** am **17./18.11.06**

im Institut für Bildung, Medien und Kunst von ver.di in
32791 **Lage-Hörste**, Teutoburger Wald-Straße 105

Mitgliederversammlung: Fr., 17.11.06, 18 h

**Thema der Tagung: So nah und doch so fern?
Haben linke Christen eine gemeinsame Basis?**

Zum Gespräch im Forum werden Vertreterinnen und Vertreter christlicher Parteigruppen von Seiten der SPD, PDS/WASG und Grüne eingeladen.

Folterverbot und der „Kampf gegen Terror“ – Rechtlos im Rechtsstaat?

Gemeinsame Tagung der Holtfort-Stiftung,
des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV)
und amnesty international

Freitag, 13.10.06, und Samstag, 14.10.06
Berliner Abgeordnetenhaus

Veranstalter: amnesty international Deutschland, Holtfort-Stiftung,
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und Center for
Constitutional Rights (CCR). Unterstützt von: Stiftung Menschenrechte

AUTORINNEN UND AUTOREN

Pfarrer Holger Kasfeld

Petersilienstraße 2, 32052 Herford

Prof. Dr. Arno Klönne

Annette-von-Droste-Straße 10, 33098 Paderborn

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14a, 65779 Kelkheim

Dr. Sabine Ferenschild

Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar,
Pf. Werner-Mörchen-Straße 1, 56564 Neuwied

Gerd Büntzly, MA

Eisgrabenstr. 9, 32052 Herford

Clemens Ronnefeldt, Dipl. Theol.

A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising

Maik Eisfeld

Oststr. 25, 99994 Hohenbergen b. Schlotheim

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.

Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933 und Das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1930–1933).

CuS ist die Vierteljahres-Zeitschrift der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, die die „edlen Worte“ (H. Gollwitzer) Christentum und Sozialismus gemeinsam im Titel führt und Symbole des Christentums und Sozialismus zugleich zeigt.

Zu aktuellen Fragen unserer Gesellschaft sucht sie Antworten aus christlicher Sicht und ist zugleich bereit für den interreligiösen Dialog, besonders mit Judentum und Islam.

In der Vergangenheit hat sich Theologie und politisches Handeln der religiösen Sozialisten bewährt im Widerstand gegen Nationalismus, Militarismus und Faschismus und im Streit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Viele Anregungen der religiösen Sozialisten und Sozialistinnen sind in der Ökumene und in gesellschaftlichen Initiativen aufgenommen worden, dennoch müssen sie fortgeschrieben werden.

CuS wird getragen von einer kleinen, aber lebendigen Schar von Christinnen und Christen, die darauf achten, dass biblische, theologische Impulse sich durchsetzen: Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und an den Rand Gedrängten, Bewahrung der bedrohten Schöpfung, Veränderung der Gesellschaft. Dem christlichen Gebot der Nächstenliebe folgend, in der Hoffnung auf Gottes kommendes Reich, in dem „Gerechtigkeit wohnt“ (2.Petr. 3, 13), suchen wir nach sozialistischen Konzeptionen, in denen gegenseitige geschwisterliche Hilfe und Möglichkeiten der Selbstentfaltung des Einzelnen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind. Der Weiterentwicklung des Modells der Genossenschaften gehört unsere Aufmerksamkeit. Unser Ziel ist die solidarische Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur unserer gesellschaftlichen Praxis ist das Evangelium und das verheißene Reich Gottes.

Abonnements:

Per Post:

BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:

Fax 05202/884 884

Per E-Mail:

mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland 20 € pro Jahr · Ausland 23 € pro Jahr
Förderabo 25 € oder mehr

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils
zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam